

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 13

Ersteinst. Sonntags. Zugpreis vierteljährlich 150.— M. ohne Postbestellgebühr. Zur Postbezugs-Befreiung bei allen Postämtern.

Berlin, den 25. März 1923

Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Dreifischstr. 89 IV. Fernruf: Centrum 272. Anzeigen werden nicht aufgenommen.

39. Jahrgang

Am 25. März ist der 13. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Funktionär-Unterstützungskasse hat der Beirat in seiner letzten Tagung einer Neuordnung unterzogen, die durch die Geldentwertung notwendig geworden war.

Alle ehrenamtlich tätigen Funktionäre beiderlei Geschlechts, denen bei ihrer Tätigkeit für die Organisation ein Unfall zustoßt, durch den sie vorübergehend oder dauernd Schaden an ihrer Gesundheit erleiden, erhalten nach den neuen Bestimmungen Unterstützung nach folgenden Grundätzen:

- Krankenunterstützung bis zu einem Jahr in voller Höhe ihres Lohnes.
- Invalidenunterstützung bis zu 80 Proz. ihres Lohnes. Bei teilweiser Invalidität anteilig.
- Sterbegeld in der Höhe von vier Wochenlöhnen.
- Witwenunterstützung bis 65 Proz. der Invalidenunterstützung. — Kinderunterstützung: Halbwaise 5 Proz., Vollwaise 10 Proz.
- Witwenunterstützung bis zu einem Jahre.

Als Lohn gilt immer der Betrag, der während der Dauer der Krankheit jeweils in Frage käme.

Unterstützungen nach dem Verbandsstatut und aus der Arbeiterversicherung, soweit der Arbeitgeber Beiträge dazu zu leisten verpflichtet war, werden angerechnet.

An Beiträgen haben alle Gauen und Zahlstellen für die Funktionär-Unterstützungskasse zwei vom Tausend der vereinnahmten Verbandsbeiträge zu zahlen.

Die Verbandskasse führt Beiträge an die Unterstützungskasse ab in derselben Höhe wie alle Zahlstellen zusammen.

Die Gauen und Zahlstellen haben ihre Beiträge für die Funktionär-Unterstützungskasse vierteljährlich mit der Abrechnung an die Verbandskasse einzuzahlen.

Die neuen Bestimmungen haben Geltung vom 1. Januar 1923 ab. Die im Laufe des ersten Quartals für 1923 bereits eingekommenen Beträge können bei der mit der Abrechnung für das erste Quartal fälligen Beitragszahlung angerechnet werden.

2. Marken für beitragsfreie Wochen. Für die nach § 7 Abs. 5 des Statuts als beitragsfrei geltenden Wochen, die seitlich im Mitgliedsbuch bzw. der Karte durch Abstempeln erkenntlich zu machen waren, sollen vom 1. April d. J. ab besondere schwarze Marken verwendet werden.

Diese beitragsfreien Marken sind unentgeltlich an die Mitglieder abzugeben, die Gau- und Ortsverwaltungen sind jedoch verpflichtet, in geeigneter Weise Vorkehrung zu treffen, daß dieselben nur für solche Wochen verwendet werden können, in denen die Mitglieder infolge nachweisbarer Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Invalidität von der Beitragsleistung befreit sind.

Von der 14. Beitragswoche ab sind in allen denjenigen Fällen, wo nach § 7 Abs. 5 des Statuts Beiträge nicht gezahlt werden dürfen, für die dafür in Betracht kommenden Wochen in die Beitragsrubriken im Mitgliedsbuch bzw. der Karte solche beitragsfreien

Marken einzukleben. Dieses muß, ganz gleich ob Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung bezogen wird oder nicht, regelmäßig jede Woche geschehen. Auf der Reise befindliche Mitglieder haben diese Marke je am Ende der Woche in derjenigen Zahlstelle einkleben zu lassen, die sie berühren.

Diese beitragsfreien Marken sind als Wertzeichen den sonstigen Duitungsmarken gleich zu achten. In jeder Quartalsabrechnung ist der vorhandene Bestand, sowie auch die an die Mitglieder abgegebene Anzahl anzugeben.

Der Verbandsvorstand.

Der Bund deutscher Buchbinderinnungen

hat zwar auch diesmal wieder das letzte Lohnabkommen mit den „Api“-Verbänden nicht unterzeichnet, durch seinen Vertreter bei den Verhandlungen im „Allgemeinen Anzeiger für Buchbindereien“ aber erklären lassen, daß die Annahme des Lohnabkommens und die Auszahlung der Löhne nach diesem Abkommen wiederum empfohlen wird.

An unfere in den Innungsbetrieben Beschäftigten Mitglieder richten wir das Ersuchen, auf Bezahlung der Tariflöhne zu bestehen und sofern dem Verlangen nicht Rechnung getragen wird, den Schlichtungsausschuß anzurufen.

Aus der Kampfzone der Arbeit.

G. B. Als die Ruhrbesetzung begann, lautete die Parole der beiden verbündeten Regierungen, daß Deutschland zur vollständigen Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen gezwungen werden solle; da es sich weigere, ihnen nachzukommen, müsse das Ruhrgebiet als „produktives Pfand“ besetzt werden.

Bei der belgischen Regierung spielt dieser Gedankengang wohl jetzt noch eine Rolle und ist vielleicht das wirkliche Motiv dafür, daß sie sich entschloß, die Aktion der französischen Regierung mitzumachen.

Für die französische Regierung war dieses angebliche Ziel nur ein Vorwand, um durch die Besetzung des Ruhrgebietes und unter militärischem Zwang ein doppeltes wirtschaftliches Ziel zu erreichen. Frankreich braucht für seine Hüttenindustrie die Ruhrkohle. Dank der Einbeziehung der lothringischen Eisenindustrie und der Lieferung der billigen deutschen Reparationskohle hat Ende 1922 seine monatliche Roh-eisenerzeugung die Produktion von 1913 um rund 80 000 Tonnen überholt. Es ist eines der bedeutendsten Exportländer geworden für Eisenerze, Gußeisen und Stahl. Frankreich hat den Ehrgeiz, die Großmacht des Eisens auf dem Kontinent zu werden. Dazu fehlt ihm nicht nur die Kohle des Ruhrgebietes, sondern auch die industriellen Anlagen, in denen vor dem Kriege die lothringischen Halbfabrikate zur Weiterverarbeitung gelangten. Diese Verfeinerungsindustrie hat gleichfalls ihren Sitz im Ruhrgebiet. Die militärische Besetzung des Ruhrgebietes dient dazu, dieses doppelte wirtschaftliche Ziel zu verwirklichen, sie soll die günstigsten Vorbedingungen schaffen, um die deutsche Industrie den französischen Plänen zu unterwerfen, als da sind: Isolierung der Industrie des Ruhrgebietes von dem übrigen Deutschland, Drohung mit Beschlagnahme und der Ausbeutung in eigener Regie und alle die Zollschranken, mit denen man jetzt versucht, die Produktion des Ruhrgebietes zu desorganisieren.

Um dieses Ziel in dem von der französischen Industrie gewünschten Ausmaß zu erreichen, sind freie Verhandlungen von Industrie zu Industrie nicht das geeignete Mittel; sie hätten zur Voraussetzung die Anerkennung der deutschen Industrie als geschäftlich gleichberechtigten Partner. Aber eben das will die französische Industrie so wenig, wie die französische Regierung mit der deutschen Regierung freie Verhandlungen will. Sie strebt nach der wirtschaftlichen Vormachtstellung auf dem Gebiete der Stahlproduktion mit der gleichen rücksichtslosen Hartnäckigkeit, wie die französische Regierung nach der politisch-militärischen Hegemonie in Europa. Beides läßt sich nur auf dem Wege des Diktats, nicht durch Verhandlungen erreichen.

Die französische Politik würde der starken, wirtschaftlichen Basis entbehren, wenn nicht die französische Eisenindustrie nach ihrem Belieben Waffen schmieden könnte, wie sie der französische Imperialismus braucht.

Die französische Regierung weiß es weit von sich, imperialistisch zu sein. Die bisher noch nicht erfolgte Ratifikation der Washingtoner Verträge; das Heeresprogramm, das ein Heer von 660 000 Mann Friedensstärke vorsieht; die ablehnende Stellungnahme des französischen Vertreters zu dem Abrüstungsvorschlag Lord Robert Cecil's; die schroffe Weigerung, eine Intervention des Völkerbundes anzunehmen; die durch die Besetzung des Ruhrgebietes bewiesene Abneigung, das Reparationsproblem als internationale Angelegenheit zu behandeln — alle diese Dinge haben in weitestem Maße den Glauben erschüttert, daß die französische Regierung nicht imperialistische Politik treibe. Der Schein spricht gegen sie. Die Auffassung gewinnt an Boden, daß sie die militärische Beherrschung Deutschlands benutzen will, um auf dem Wege der Gewalt eine Beteiligung der französischen Industrie an den deutschen Unternehmungen durchzusetzen, die den französischen Interessen entspricht. Ob die Interessen der deutschen Wirtschaft oder gar der deutschen Arbeiter damit geschädigt werden, spielt für sie dabei eine durchaus untergeordnete Rolle.

Auf die Dauer rechnet natürlich auch die französische Industrie mit einer „Stabilisierung der Verhältnisse“ in Mitteleuropa. Aber sie darf erst kommen, wenn die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs unter politisch-militärischem Druck garantiert sind. Diese Garantie ist um so stärker, wenn der Saat, der für die französische Industrie der Koks liefert, politisch und militärisch ein Saat ist, dem jeden Augenblick der Stempel des Basaltenstaates abgedrückt werden kann. Die Bürgschaft böte ein rheinischer Pufferstaat, der auch die Ruhrindustrie in seinen Grenzen umfaßt, am allerehesten. Die politische Festkühlung Deutschlands entspricht daher den Interessen der französischen Industrie ebenso wie dem Verlangen der französischen Regierung, die Sicherheit des französischen Volkes mit Stahl und Eisen zu garantieren. Die französischen Staatsmänner beweisen durch ihr jegliches Vorgehen mit furchtbarer Deutlichkeit, daß der Friede, der in Versailles diktiert wurde, keine Atmosphäre geschaffen hat, in der die „moralische Abrüstung“ aus einer Konferenzphase werkbrauhter Politiker zu einer treibenden Kraft in der Politik der Regierungen und zu einer Bürgschaft des Friedens in den Beziehungen der Völker werden konnte. Solange die französische Regierung und ihre Kammermehrheit die Sicherung des europäischen Friedens sich nur unter den Garantien vorstellen kann, zu denen der Frieden

von Versailles, die Sanktionen von 1921 und die Militärdiktatur im Ael-land und im Ruhrgebiet tatsächlich und angeblich im Sieger ermächtigt, wird die moralische Abstützung im Keim erstikt und die Arbeit ihrer aufrichtigen Vorämpfer immer wieder illusorisch. Wenn man ein ganzes Volk in die Zwangsjacke steckt, ist es eine sonderbare Zumutung, von ihm Sympathie für seine Wähler zu verlangen.

Der Erlaß des Versailler Vertrages durch einen neuen Vertrag oder mindestens seine Ergänzung durch Zusatzbestimmungen, worauf die französische Regierung zusteuern scheint, würde nur die Fronarbeit der deutschen Arbeiter verschärfen und die Unternehmer in ihrem Bestreben unterstützen, die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter zu verschlechtern: es wäre in Deutschland mit dem Achtstundentag zu Ende. Die deutsche Industrie hat es bisher verstanden, die Steuern, die sie dem eigenen Staate schuldet, wie die Reparationen, die in allererster Linie sie zu zahlen verpflichtet sein sollte, bei den ärmeren Schichten des deutschen Volkes einzutreiben; sie wird auch bei neuen Abmachungen und gegenüber einem neuen Vertrag die Kunst verstehen, ihre Profitinteressen zu wahren und zu ihrem Schutz die Legion nationalstaatlicher Feindhunden in Bewegung zu setzen, die jede Verminderung des kapitalistischen Profits für ein Verbrechen an der Nation erklärt.

Aber wie auch der schließliche Ausgang des Wirtschaftskampfes sein mag: die Rechte, die sozialen Erwerbsbedingungen und die Existenzbedingungen der deutschen Arbeiter werden bei dieser Auseinandersetzung keine Rolle spielen; ihre Arbeit wird nur als ein Posten in den Produktionskosten Beachtung finden, der unter allen Umständen niedrig gehalten werden muß, um die Profite der deutschen Industrie ungeschwächt zu erhalten und ihre Konkurrenzfähigkeit zu sichern. Und genau so wenig, selbst wenn die Regelung denkbar günstig für die französische und belgische Industrie ausfallen würde, würden die belgischen und französischen Arbeiter ihre Lage verbessern. Vorläufig erhalten die deutschen Arbeiter die Kräfte; den belgischen und französischen Arbeitern wird der Brotkorb höher gehängt. In Frankreich und Belgien werden in wachsender Zahl Hochöfen abgeknüpft und gestöckelt; der Kohlenstrom ist an der Quelle verschüttet, die Produktion geht zurück; der Franken fällt; die Preise steigen. Arbeitslosigkeit ist vor der Tür und Lohnkämpfe drohen oder sind bereits ausgebrochen. Im besetzten Deutschland sind die Zollbeamten entlassen, die Eisenbahner werden für ihren berechtigten passiven Widerstand mit schweren Strafen bedroht; sie werden aus ihren Wohnungen, aus ihrem Heimatgebiet verjagt; ihre Lohngehälter werden unter dem Vorwand, sie dienten zur Streikunterstützung, beschlagnahmt; ihre Zeitungen werden verboten, die Redakteure verhaftet oder ausgewiesen. Das widerliche Schauspiel fremder militärischer Besetzung, das das östliche Frankreich und Belgien in vier bitteren Jahren erlebt haben, wird noch einmal und ebenso jämmerlich gespielt im deutschen Westen. Die Politik ist wieder einmal in die Generäle gefahren, wie der böse Geist in die Säue und das letzte Restchen Vernunft ist dabei zum Teufel gegangen.

Am verhängnisvollsten aber ist, daß die beiden Regierungen, die Internationalisierte Rheinlandkommission und die Militärbehörden die Rolle des Agent provocateur der deutschen Nationalisten geworden sind. Wären sie es bewußt, sie könnten es nicht mit mehr Erfolg sein. Die verantwortungsvollen Karren, die die Vernichtung der deutschen Republik mit dem Revanchekrieg gegen Frankreich und einem Kreuzzug gegen die Juden kombinieren wollen, gewinnen an Einfluß in diesem Zeit Jahren von der Versailler Epidemie heimgekehrten Volke. Zum Glück für den europäischen Frieden erhebt ihr Geschrei nicht Kanonen und Maschinengewehre; sie blasen vom Sturm, aber sie haben keine Bajonette. Aber sie können durch fanlose, einzelne Gewalttaten gegen die Besatzungstruppen eine Verschärfung der Lage herbeiführen, in der die besten Zusätze zum Krieg führen können. Die französischen Soldaten sind an der Politik ihrer Regierung genau so unschuldig wie die deutschen Arbeiter an den imperialistischen Plänen der deutschen Industrie während des Krieges. Wenn der Kampf an der Ruhr ein Erfolg der Arbeiter und Beamten werden soll, darf er nicht durch nationalstaatliche Abenteuer verroht, durch militärische Gegenaktionen entwürdigt

werden. Die Arbeiterschaft, die in den vordersten Linien des wirtschaftlichen Kampfes steht, hat in diesen beiden Monaten entdeckt, daß sie in dem passiven Widerstand ihrer Organisationen über Wasser verfügt, die weiter tragen und sicherer treffen, als die modernsten Kanonen. Die Erfahrung, daß die Arbeitsverweigerung der militärischen Macht spottet, zeigt den deutschen Arbeitern wie ihren Kameraden in den anderen Ländern, wie groß die latente Macht ihrer Klasse ist.

Daß diese Macht so groß ist, ist augenblicklich die beherrschende Tatsache, die einzige, die eine positive Gewähr gibt, daß der passive Widerstand nicht in Krieg einmündet. Die deutschen Arbeiter, die Arbeiter aller Länder Europas, wollen den Frieden. Sie wollen, daß die Beziehungen der drei Völker, die wirtschaftlich und kulturell aufeinander angewiesen sind und nur zur Blüte und Wohlfahrt gelangen können, wenn das Reparationsproblem endlich eine klare, feste und gütliche Lösung findet, nicht systematisch zerstört werden. Ohne den aktiven Anteil der Arbeiterschaft an der internationalen Politik der letzten Jahre, vor allem aber in den letzten Monaten, wäre der offene Ausbruch der europäischen Katastrophe hemmungslos erfolgt, um deren Verhütung jetzt alle kämpfen, die die Kriegspsychose überwunden haben.

Achtstundentag und Arbeitsleistung.

„Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung.“ Tatsachen über die sozialpolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung des Achtstundentages in Deutschland und im Auslande. Verlagsanstalt des ADGB, Berlin. 168 Seiten. Preis 1600 Mt.

Für den Wandel der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Zusammenbruch ist nichts so bezeichnend als der allgemeine Ansturm gegen den Achtstundentag. Bei seiner Einführung als fast selbstverständlich hingenommen, ja, schon vor der Umwälzung in gemeinsamer Verhöhnung der Unternehmer und Gewerkschaften vorbereitet, galt er zunächst als unangreifbar. Die Verschiebung der innerpolitischen Machtverhältnisse, die beherrschende Stellung, die sich die Großindustrie geschaffen hat, die damit verbundene Machtzunahme der organisierten Arbeiterklasse und in erster Linie die schnelle und anhaltende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse: das sind die Gründe, die den Achtstundentag aus dem unüberwärtlichen und unangreifbaren Gut der Arbeiter und Angestellten zum heftig umkämpften Streitobjekt gemacht haben.

In den letzten Monaten hat der Kampf um den Achtstundentag einen gewissen Höhepunkt erreicht. Die Beratungen des Entwurfs eines Arbeitszeitgesetzes im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, die Frage der Marktstabilisierung sowie die Bezugnahme auf den Achtstundentag im Reparationsprogramm der Reichsregierung haben die Diskussion über den Achtstundentag äußerst verschärft. Die organisierten Unternehmer, besonders die Schwerindustriellen, sind es in der Hauptsache, die in der Verlängerung der Arbeitszeit das einzige Rettungsmittel erblicken. Die bürgerliche Presse unterstützt mit ganz wenigen Ausnahmen die Agitation gegen den Achtstundentag, die offiziellen Stellen setzen diesem Treiben mit stiller Duldung zu.

Die Arbeiter und Angestellten haben alles Interesse daran, in einer für sie so wichtigen Frage völlig klar zu sehen. Der Achtstundentag ist für die Arbeiter- und Angestellten der Grundstein, von dem Gesundheit und Leben, politische und geistige Freiheit ihrer Klasse abhängen. Sie kann und darf sich aber nicht damit begnügen, den Kampf um den Achtstundentag nun auch ihrerseits nur mit groben, aber leicht zu widerlegenden Mitteln zu führen. Vielmehr muß in erster und sachlicher Weise die Frage in ihrem ganzen Umfang und in ihren inneren Zusammenhängen geprüft werden. Wird so verfahren, dann wird sich das Blatt bald wenden und das Gerübel von der „faulen Arbeiterschaft“ oder vom Schaden des „schematischen Achtstundentages“ in seiner ganzen Hohlheit offenbar werden.

Diese Notwendigkeit haben die Gewerkschaften verstanden. Das im Verlage des ADGB erscheinende Buch von Paul Herz und Richard Seidel über „Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung“ liefert dafür einen Beweis. In dieser Schrift hat die deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft die geistige Waffe, die sie im Kampf um den Achtstundentag so drin-

gend benötigt. Aber auch über diese Kreise hinaus wird das Buch jedem von erstem Willen zur Klärung unserer sozialen Verhältnisse beiseiten völlig neue Gesichtspunkte eröffnen. Bis hier ist noch von keiner Stelle aus sorgfältig untersucht, geprüft und verarbeitet worden, noch nirgends so reichliches und vor allen Dingen hieb- und stichfestes Material ans Tageslicht gehoben worden als hier. Strenge Sachlichkeit, unanfechtbares Material, ausführliche Tatsachenschilderung und eine glänzende Zusammenfassung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte: das sind die stärksten Vorzüge dieser Schrift. Sie sind um so höher einzuschätzen, als die Sammlung einwandfreien Materials infolge der mangelhaften statistischen oder wissenschaftlichen Grundlagen mit den größten Schwierigkeiten verknüpft war.

Aus diesem Grunde war es auch möglich, daß die Gegner des Achtstundentages der öffentlichen Meinung völlig falsche Vorstellungen aufzwingen konnten. Das dürfte jetzt schwieriger werden. Die tatsächlichen Feststellungen, die Herz und Seidel in ihrer Schrift bringen, führen zu dem unwiderlegbaren Beweis, daß die Arbeitsleistung der gewerblichen Arbeiter im allgemeinen heute bei achtstündiger Arbeitszeit größer ist als in der Vorkriegszeit bei neun- und zehnstündiger. In den wenigen Fällen, in denen dieses nicht zutrifft, ist die Leistung mindestens die gleiche geblieben oder nur unmerklich zurückgegangen. In diesen Fällen haben sich die Produktionsmethoden stark verfeinert und kompliziert oder es kommen andere Rohstoffe zur Verarbeitung, die einer Steigerung der Leistung hinderlich sind. Gerade die Verschiebungen in den Arbeitsmethoden, die andersartige Behandlung der Rohstoffe, die Verfeinerung und Veredelung des Produkts sind Momente, die bei dem Vergleich der Arbeitsleistung jetzt und in der Vorkriegszeit von größter Wichtigkeit sind. Hier liegt eine der Möglichkeiten zur Verdunkelung, die bei oberflächlicher und tendenziöser Betrachtung natürlich die Arbeiter einseitig beizusetzt. Es besteht also die einwandfrei bewiesene Tatsache, daß die deutsche Arbeiterschaft trotz des sinkenden Reallohns, trotz der Ernährungsschwierigkeiten, der Wohnungsverhältnisse, der politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen ihre Arbeitsleistung gegenüber der Vorkriegszeit beträchtlich gesteigert hat. Nur Ignoranten und gleichnerische Lügner werden künftig noch vom „faulen Arbeiter“ reden dürfen.

Mit dem Vorwurf des „schematischen Achtstundentages“ steht es nicht besser. Auch diesem Schlagwort gehen die Verfasser sachlich und nüchtern zu Leibe. An Hand der gesetzlichen Bestimmungen, der tariflichen Vereinbarungen sowie der industriellen und landwirtschaftlichen Praxis löst sich die Wohnvorstellung vom „schematischen Achtstundentag“ in ein Nichts auf. War doch beispielsweise die Zahl der geleisteten Ueberstunden so groß, daß den deutschen Gewerkschaften von den ausländischen Bruderorganisationen der Vorwurf gemacht werden konnte, in Deutschland bestche der Achtstundentag tatsächlich nicht. In Wirklichkeit hat sich die Arbeitszeit den verschiedenen Anforderungen der Industrie, der Landwirtschaft und der Staatsbetriebe immer angepaßt.

Diese beiden wichtigen Punkte: die Arbeitsleistung und der „schematische Achtstundentag“ mußten naturgemäß bei einer Besprechung des Buches an der Spitze stehen. Darüber soll aber nicht der übrige reichhaltige und vielseitige Inhalt als minder wichtig übergegangen werden. Es ist gerade der unschätzbare Vorzug dieser Schrift, daß sie nicht nur die einzelnen Begriffe des zur Erörterung stehenden Problems klar und scharf herausarbeitet, sondern daß der gesamte Fragenkomplex in den richtigen Zusammenhang gebracht wird. Man kann ruhig sagen, daß hier zum erstenmal Achtstundentag, Arbeitsleistung und Arbeitslohn unter Berücksichtigung aller psychologischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Momente eine auf wissenschaftliche Gründlichkeit und Unparteilichkeit Anspruch erhebbende Darstellung gefunden haben.

Außerordentlich interessant und aufschlußreich ist auch der Abschnitt über Arbeitslohn und Arbeitsleistung. Auf Grund der vorhandenen statistischen Unterlagen wird die dauernde Senkung des Reallohnes der deutschen Arbeiter und Angestellten nachgewiesen, ebenso das auffallend ungünstige Verhältnis der deutschen Arbeiterlöhne zu denen der englischen, amerikanischen, französischen und belgischen Arbeiter. Da auch bei vielen Arbeitern über die

Zusammenhänge von Arbeitszeit, Arbeitsleistung und Krocitstlohn viele unrichtige Vorstellungen herrschen, ist dieser Teil der Schrift besonders wichtig. Geradezu unentbehrlich dürfte die Schrift aber für alle praktisch tätigen Gewerkschafter sein, die im Kampf um den Achtstundentag auf Vorposten stehen. Die Schrift bietet ihnen Tatsachen und Argumente, denen gegenüber sich die Gegner noch auf lange hinaus in Verleumdungsjagd befinden werden.

Lohnsteigerungen in der Kartonnagenindustrie.

Die in der letzten Nummer unserer Zeitung gebrachte Zusammenstellung über die Auswertungen der neuesten „Lpi“-Löhne und die Schlussfolgerung dazu kann sinngemäß auch auf die Kartonnagenindustrie übertragen werden. Leider steht uns hier nur ein sehr beschränktes Vergleichsmaterial zur Verfügung; denn nur für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten 16 Orte war es möglich, über die Löhne der Vorkriegszeit nähere Angaben zu erhalten.

Aber auch aus diesem beschränkten Zahlenmaterial zeigt sich im Großen und Ganzen dasselbe Bild wie bei den „Lpi“-Löhnen. Denn auch die Abdet-Löhne sind um das 2000- bis 3000fache seit 1914 gestiegen und ebenso weisen die Löhne der Arbeiterinnen größere Steigerungen als die der Facharbeiter auf. Die Löhne der letzteren waren in 9 von den genannten 16 Orten um das 2000- bis 2400fache gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen; in fünf weiteren Orten über das 2400- bis zum 2800fachen und in zwei Orten über das 3000fache, wobei die Glaserarbeiter Hanau mit dem 3388fachen Steigerungsfaktor den Rekord aufweisen. Dagegen sind die Löhne der Arbeiterinnen nur in vier Orten bis zum 2400fachen und in fünf bis zum 2800fachen gestiegen. In drei Orten dann bis zum 3000fachen und darüber hinaus in zwei Orten, worunter Ludenwalde mit dem 3820fachen die höchste Steigerung aufweist. Allerdings wurde auch hier 1914 der niedrigste Lohn den Arbeiterinnen gezahlt.

Die Löhne in den einzelnen Orten 1914 und jetzt sowie die vielfache Steigerung, welche sie seit 1914 erfahren haben, zeigt uns die folgende Tabelle:

Ort	Wichtige Spitzenlöhne der Facharbeiter			Arbeiterinnen		
	1914	ab März 1923	steig. um % seit 1914	1914	ab März 1923	steig. um % seit 1914
Annaberg-Burkholz	22.-	56008	254.6	12.-	34080	284.0
Berlin	31.-	6 8296	220.3	18.-	40894	227.2
Burgstädt	22.01	61344	278.8	15.66	36288	231.7
Chemnitz	29.64	64032	216.0	14.82	37968	256.2
Dresden	25.76	64032	248.6	14.-	379.8	271.2
Frankfurt/Oberh.	27.-	64032	237.2	13.-	37968	292.1
Halle a. d. S.	27.-	62688	232.2	11.50	37128	323.8
Hamburg	31.50	64944	206.2	17.-	36784	216.1
Hannau	15.90	64032	402.8	13.-	37968	292.1
Indenwalde	27.-	61344	227.2	16.-	36288	226.8
Kamberg	19.25	61344	318.7	9.50	4288	450.0
Kamberg	27.90	70416	254.2	14.40	41760	290.0
Leipzig	26.-	61344	235.9	13.50	36 88	268.8
München	25.-	61344	245.4	13.-	36288	279.1
Neuburg	28.-	61344	219.1	13.-	36288	292.1
Quitzdorf	28.35	64032	225.9	15.23	37968	249.3

Vergleicht man die Lohnsteigerungen mit den Steigerungen der Lebensmittel, dann zeigt sich erst in vollem Maße die gähnende Kluft zwischen beiden. So waren beispielsweise nach den neuesten Preisfeststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin von 34 notwendigen Lebensmitteln nur 7 unter dem 3000fachen gestiegen, dagegen 5 bis zum 4000fachen. Die Mehrzahl der Lebensmittel, nämlich 11, waren bis zum 5000fachen und 9 weitere Lebensmittel sogar bis zum 6000fachen gestiegen. Zwei Lebensmittel kletterten noch über das 6000fache, wobei der ausländische Speck mit dem 8250fachen den Rekord erreichte. Im Durchschnitt ergibt sich bei allen Untersuchungen, daß die Löhne nur etwa die Hälfte des Existenzminimums erreichen. Gegenüber diesen unmöglichen Tatsachen wirkt der Beschluß der Unternehmer, keine Lohnsteigerungen mehr vorzunehmen, um so aufreizender und ungerechter, da wohl einzelne Waren im Preise gefallen sind, das ganze Preisniveau jedoch noch dauernd steigt. Die Erbitterung der Arbeiterschaft muß dadurch natürlich ständig wachsen und zu erbitterten Kämpfen führen. Um diesen unausbleiblichen Kämpfen gestärkter als

jetzt gegenüberzutreten, müssen alle Mitglieder es mehr denn je für ihre Pflicht halten, durch schnelles und gewissenhaftes Abführen ihrer Beiträge unseren Kampffonds zu stärken. Als Norm für die Beitragsbemessung muß aber auch jetzt wieder wie in der Vorkriegszeit der anderthalb bis zweifache Stundenverdienst gelten.

Die Geschäftslage in der Papierverarbeitung im Februar

steht, wie der Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verleges und der Papierverarbeitung auf Grund der Berichte der ihm angeschlossenen Verbände meldet, im Zeichen einer allgemeinen Depression, die hervorgerufen wird durch die infolge der Ruhrbesetzung geschaffene unsichere politische Lage. Es ist augenblicklich unmöglich, Dispositionen auf längere Sicht zu treffen. Mit großem Interesse verfolgt die Papierverarbeitung die ebenfalls vollkommen undurchsichtigen Vorgänge auf dem Rohstoffmarkt. Der Devisenkurs des vergangenen Monats ließ vielfach die Hoffnung auf billigere Preise erwarten. Doch diese Hoffnung muß sich als trügerisch erweisen, und zwar weil die Papierverarbeitung bei ihren Preisfestsetzungen aus Rücksicht auf die oft sehr kapitalstarken Abnehmer nie der Marktwertung folgen konnte, also immer mit den Preisen nachhinte, und weil ein Plus bei der Rohstoffbeschaffung aufgezehrt wird und durch die erheblich anwachsenden Kosten für Löhne (1), Porti, Frachten, Rollgelde und sonstigen Geschäftskosten. Gerade die starken Gebührenerhöhungen der Post und Eisenbahn sind außerordentlich drückend, und das Reich sollte sich bei der Festsetzung mehr von volkswirtschaftlichen als von fiskalischen Beweggründen leiten lassen.

Weber die einzelnen Zweige der Papierverarbeitung wird berichtet:

In der Bankpapierindustrie ist infolge der steigenden Teuerung der Umlauf wieder zurückgegangen. Gegenüber dem Januardurchschnitt mußten infolge der Papierpreis-, Frachten- und Kohlenpreissteigerungen und Erhöhung sämtlicher Unkosten die Preise um etwa 160 Proz. erhöht werden.

Für Chromopapier und -karton hielt sich die Nachfrage in mäßigen Grenzen. Die Preise konnten der allgemeinen Verteuerung nicht mehr folgen.

Nach dem Bericht des Vereins Deutscher Gummiran-Kalten ist der Beschäftigungsgrad uneinheitlich. Die Rohstoffversorgung ist bei weitem erhöhten Rohstoffpreisen gut. Die Verkaufspreise wurden durch Konventionsbeschluß erhöht. Die Ausfuhr ist zurückgegangen.

Der Verein für geliebten Photographien karton meldet schlechtere Beschäftigung und Ausfuhr infolge zu hoher Preise.

Bei der Vereinigung der Hersteller photographischer Karten ist die Ansicht über den Beschäftigungsgrad geteilt. Aufträge aus dem Inlande gingen nur spärlich ein, und nach dem Auslande sind löhrende Geschäfte, da die Preise den Weltmarktpreis überschritten haben, nicht mehr zu machen.

Die Papierfabrikation klagt über Stoden des Absatzes infolge viel zu hoher Papierpreise. Die Abnehmer nehmen lieber Lutsäde; diese stellen sich heute günstiger, weil sie dem Devisenrückgang sofort gefolgt sind. Sackpapier zu 2500 Mt. ist genügend zu haben, jedoch sind die daraus hergestellten Säcke unerkäuflich. Schädigend wirkt, daß überall Händler Säcke in allen möglichen Stärken und Größen aufkaufen, um mit schlechten Säcken den Markt zu drücken und vielen Sackfabriken das Geschäft unmöglich zu machen.

Beim Verband Deutscher Feilschachtel-Fabrikanen ist eine irgendwie erhebliche Besserung der Beschäftigung nicht eingetreten, aber auch keine weitere Verschlechterung. Die Rohstoffversorgung ist nach wie vor schleppend. Infolge mangelnder Wettbewerbsfähigkeit wird die Ausfuhr immer geringer.

In der Kartonnagen-Fabrikation ließ die Beschäftigung infolge der unumgänglich notwendigen Preiserhöhungen sehr zu wünschen übrig; Kurzarbeit muß in immer stärkerem Umfange eingeführt werden.

Die Betriebe, die der Vereinigung Deutscher Fabrikanten von pharmazeutischen Kartonnagen und Papierwaren angeschlossen sind, haben mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen.

In der Wellpappenfabrikation, deren Betriebe hauptsächlich im Rheinland liegen, ist die Beschäftigung sehr zurückgegangen. Die Verkaufspreise für Wellpappe sind entsprechend den gestiegenen Beschäftigungskosten noch nicht erhöht worden. Die Ausfuhr ruht vollkommen.

Nach Meldungen des Vereins Deutscher Geschäftsbücher-Fabrikanten ist die Beschäftigung

und der Absatz auch im Berichtsmonat zurückgegangen. Der Dollarkurs veranlaßt abwartende Haltung der Verbraucher. Die Ausfuhrerträge sind in den letzten Tagen und Wochen erheblich zurückgegangen.

In der Papierausstattungs-Industrie ist die Geschäftslage ebenfalls ungünstig. Das Inland und das Ausland können wegen zu hoher Preise nicht mehr abnehmen. Es wird alles versucht, am längeren Ziel zu erhalten. Die Ruhrbesetzung erfordert teilweise Einführung von Kurzarbeit.

Für Schreibhefte und Zeichenlernmittel hat sich die Lage gegenüber dem Vormonat teilweise erheblich verschlechtert.

Im Papier- und Schreibwarengroßhandel herrscht Zurückhaltung. Das Ausland kauft zu den jetzigen Preisen nicht mehr.

In der Tapetenindustrie ist die Geschäftslage außerordentlich ungünstig, denn die Tapetenpreise sind viel zu hoch, als daß der Verbraucher sie kaufen könnte. Die Ausfuhr ist sehr gering.

Vom Börsenverein der deutschen Buchhändler zu Leipzig wird starkes Nachlassen des Absatzes gemeldet. Die Ausfuhr war bisher immer noch befristend.

Im Zeitungsgewerbe ist die Beschäftigung etwa gleich geblieben. Infolge der Ruhrbesetzung herrscht etwas verstärkte Nachfrage nach Zeitungen.

Im Steindruckgewerbe hat sich die Beschäftigung mangels ausreichenden Auftragsinzugs weiter verschlechtert. Kleinere und mittlere Firmen beginnen ihre Betriebe stillzulegen. Ausfuhr ist nur noch in Qualitätszeugnissen möglich.

Im Lithdruckgewerbe ist der Beschäftigungsgrad im allgemeinen schlecht.

Bei den Betrieben des Bundes der chemischen Anstalten und Kupferdruckereien Deutschlands ist ebenfalls weitere Verschlechterung der Beschäftigung eingetreten, da die Abnehmer die inzwischen weiter gestiegenen Preise nicht bezahlen können.

Im Musikalien-Verlag ist der Absatz sehr stark zurückgegangen.

In der Spielkartenfabrication hat der Absatz infolge zu hoher Preise sehr nachgelassen. Die Ausfuhr ging zurück, weil die Preise teilweise fremdländischem Wettbewerb nicht standhalten konnten. Der kleinere Zwischenhandel ließ den Vertrieb vielfach aus Geldmangel fallen.

Zur Gefängnisarbeit.

Der wirtschaftliche Niedergang der letzten Zeit hat bereits zur Stilllegung von Betrieben geführt. Eine Anzahl anderer Betriebe versucht, sich durch Kurzarbeit noch einige Zeit über Wasser halten zu können. Heute, wo Not und Entbehrung, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, bereits große Teile der Arbeiterschaft erfasst haben, muß es sehr bitterlich wirken, wenn bei der Warenherstellung in den Gefängnisanstalten Hochkonjunktur herrscht. Während ein Teil der Unternehmer ihre Arbeiter verkürzt arbeiten lassen oder gar zur Entlassung bringen, lassen andere Unternehmer ihre Waren zu Schundpreisen in den Gefängnissen herstellen und führen dabei ein sibles Leben.

Die Gefängnisarbeit war schon in normalen Zeiten eine scharfe Konkurrenz für ganze Arbeiterschichten, und die schlechten Löhne in diesen Berufen sind nicht zuletzt auf diese Konkurrenz zurückzuführen; heute aber wirkt sie als Geißel. Arbeiten in Gassen, in der Buchbinderei, im Lädenleben, in der Stadindustrie, im Feilschichten, Wäschereien usw. werden in regelmäßigen Besetzungen zu wahrer Schundbezahlung ausgeführt und bringen Arbeitslosigkeit und damit Not und Elend über viele Familien. Die konkurrenzlosen und glücklichen Unternehmer haben damit auch die Macht, selbst die bescheidensten Bestreben der Arbeiterschaft auf Anpassung der Lohnverhältnisse an die Geldentwertung zu unterbinden, für sich aber nehmen sie unverdiente Gewinne in Anspruch. Ob es wahr ist, was Gerüchte hartnäckig behaupten, nämlich, daß diverse Unternehmer, die sich die Gefängnisarbeit zunutze machen, bei besonderen Gelegenheiten eingetobene Säcke mit ausländischem Wein traktieren, können wir zwar nicht feststellen, aber es ist jedenfalls Tatsache, daß diese Gefängnisarbeit zur unverschämten Bereicherung beiträgt.

An dem System der Gefängnisarbeit ist deshalb vieles faul. Vor allen Dingen aber muß vom Justizministerium verlangt werden, daß es dafür sorgt, zwischen der Hochkonjunktur in der Gefängnisarbeit und der Erwerbslosigkeit der Arbeiterschaft einen Ausgleich zu schaffen. Nur solche Unternehmer sollten zur Herstellung ihrer Waren in den Gefängnissen zugelassen

werden, die den durch Arbeitsämter, Erwerbslosen-ämter und Demobilisationsbehörden beglaubigten Nachweis erbringen, daß geeignete Arbeitskräfte auf dem freien Arbeitsmarkt nicht zu erlangen sind. Für Waren, die unter Erfüllung der vorstehenden Bedingung in den Gefängnissen hergestellt werden dürfen, muß aber auch der Herstellungspreis im Einklang mit dem der Betriebe der freien Konkurrenz stehen. Die Ertragsprofi te durch Gefängnisarbeit müssen für die Unternehmer in Wegfall kommen.

Vom Justizministerium muß dringend verlangt werden, daß es die notwendigen Anordnungen sofort trifft, ohne Rücksicht darauf, ob die betroffenen bisher so glücklichen Unternehmer dagegen Sturm laufen. Die durch die wirtschaftliche Krise immer mehr vergrößerte Not der arbeitenden Schichten macht diese Maßnahmen zur dringenden und unaufschiebbaren Notwendigkeit. Ee.

Jur Neuregelung unserer Unter- stützungen.

Auf der Tagung des Beirats vom 15. bis 17. Dezember 1922 in Berlin wurde eine grundlegende Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswezens beschlossen. In Nr. 1 der „Buchbinder-Zeitung“ von 1923 erfolgte die ausführliche Bekanntgabe. Die Nr. 7 der „Buchbinder-Zeitung“ brachte wieder eine Bekanntmachung des Verbandsvorstandes, durch die nach den Beschlüssen des Beirats an der in Nr. 1 bekanntgegebenen Neuordnung Änderungen vorgenommen werden. Inwieweit die Worte „nach den Beschlüssen des Beirats“ zutreffen, will ich hier nicht untersuchen. Es steht fest, daß in dem Bericht der „Buchbinder-Zeitung“ in Nr. 52/1922 über die Tagung des Beirats vom 15. bis 17. Dezember 1922 davon nichts zu lesen ist.

Was mich veranlaßt, zur Bekanntmachung vom 18. Februar Stellung zu nehmen, ist die darin enthaltene Verschlechterung gegenüber der vom Beirat angenommenen Regelung. In folgendem Beispiel soll das erläutert werden. In Berlin zählten die geübtesten Arbeiterinnen von der 1. Woche 1923 ab die 6., 7. und 8. Klasse. Von der 6. Woche ab, nach der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes vom 18. Februar, wurde die 16., 18. und 20. Klasse bezahlt. Angenommen: eine Kollegin zahlte bis 31. Dezember in der 4. Klasse 1100 Beiträge und nach dem 1. Januar 1923 drei Beiträge der 6. Klasse. Mit der 4. Woche melde sie sich arbeitslos. Nun beträgt die Unterstützung nach den Uebergangsbestimmungen in Nr. 1 nach den dort festgelegten Sätzen der neuen 6. Klasse 80 Tage lang wöchentlich das Sechsfache eines Wochenbeitrags, d. h. 80 Tage 93 Mt. gleich 7440 Mt. Wenn dieselbe Kollegin aber erst mit der 8. Woche arbeitslos wurde und schon 2 Beiträge der 16. Klasse bezahlt hatte, bekommt sie nun nicht etwa dasselbe oder mehr, sondern nach der Festsetzung vom 18. Februar nur 40 Tage lang das Zweieinhalbfache eines Wochenbeitrags, d. h. 40 Tage 46 Mt. gleich 1840 Mt. Eine andere Arbeiterin hat bis zum 31. Dezember 1224 Beiträge in der 5. Klasse geleistet; 1923 vier Beiträge der 8. Klasse. Mit der 5. Woche wird sie arbeitslos und erhält auf Grund

von 1224 Beiträgen der 8. Klasse Arbeitslosenunterstützung 100 Tage 154 Mt. gleich 15 400 Mt. Dieselbe Kollegin würde aber erst mit der 8. Woche arbeitslos werden, hätte also schon 2 Beiträge der 20. Beitragsklasse geleistet, dann würde sie erhalten 50 Tage 90 Mt. gleich 4500 Mt. Durch die Neuordnung vom 18. Februar tritt in der Endsumme im ersten Fall eine Schädigung von 5600 Mt., im zweiten Fall eine solche von 10 900 Mt. ein.

Dieser ungerechten Auswirkung des Beschlusses des Verbandsvorstandes vom 18. Februar stelle ich das gerechte Verlangen gegenüber, Unterstü tzungstage und -stufen bei allen Klassen gleich zu machen. Was dem Verband möglich war, an Unterstü tzungen zu geben, als die männlichen Mitglieder zu diesen Klassen steuerten, das muß auch möglich sein, wenn die weiblichen in diese Klassen aufrücken. Eine Gleichmachung ist es darum noch lange nicht, denn der verrechnende Unterstü tzungssatz richtet sich doch nach der Höhe des Wochenbeitrags, so daß die Kollegin, die dank ihrer höheren Entlohnung eine höhere Klasse bezahlen, auch eine größere Unterstützung beziehen können. Ich wende mich nur dagegen, daß, wenn die männlichen Mitglieder aus diesen Klassen heraus sind, sofort eine Reduzierung in diesen Klassen vorgenommen wird. Sollte das so weiter gehen, dann würde das den Anschein erwecken, als ob alles nur auf die Interessen der 25 000 männlichen Mitglieder in unserem Ver- bände zugeschnitten ist und die 75 000 weiblichen Mitglieder vernachlässigt würden. Ich glaube nicht, daß das der Wille des Beirats und Verbandsvorstandes ist. Aus diesem Grunde hoffe ich, daß es nur dieses Anstoßes bedarf, um einen Fehler zu beseitigen, der sonst viel böses Blut machen kann.

Sascha Nowak.

Die im vorstehenden Artikel der Kollegin S. N. zum Ausdruck kommenden Befürchtungen, die allerdings der Meinung vieler Mitgliederfreize zu entsprechen scheinen, sind irrig und beruhen auf vollkommen falscher Auslegung der getroffenen Bestimmungen.

Zunächst sei bemerkt, daß für den Verbandsvorstand selbstverständlich auch die Beschlüsse des Beirats mit maßgebend sein müssen. Wenn jedoch plötzlich Situationen eintreten, wie das infolge der so ganz außerordentlich fortgeschrittenen Geldentwertung im Januar und Februar dieses Jahres der Fall war, welche in ihrer Auswirkung die Gefahr des gänzlichen finanziellen Zusammenbruchs der Organisation zur Folge haben konnten, so würde der Verbandsvorstand sich einer ganz unerantwortlichen Pflichtverletzung schuldig machen, wenn er nicht rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen ergreifen würde.

Der Beschluß des Beirats, immer erst vier Wochen nach erfolgter Neuregelung der reichstarkeilichen Löhne die dadurch bedingte Erhöhung der Beiträge einzutreten zu lassen, war auf die Dauer aufrechterhalten unumgänglich. Bei den in immer kürzeren Perioden sich notwendig machenden Lohnsteigerungen würde die Differenz zwischen Verdienst und Beitragshöhe ständig größer geworden, und da mit der fortgeschrittenen Geldentwertung natürlich auch die Ausgaben der Dr-

ganisation sich ins Ungemessene steigerten, mußte der Verbandsvorstand schnellstens geeignete Maßnahmen ergreifen, um dem drohenden Unheil vorzubeugen. Eine deswegen bei den Mitgliedern des Beirats vorgenommene Umfrage hat einen Widerspruch gegen diese Maßnahmen nicht gezeitigt.

Die bezüglich der Regelung des Unterstützungswezens getroffenen Maßnahmen entsprechen durchaus den in Nr. 52 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Beschlüssen des Beirats. Dort ist im fünften Absatz der Ziffer 3 — „Unterstützungen“ — festgelegt:

„Die Unterstützungsätze sind der jeweiligen Beitragshöhe anzugleichen. Der Verbandsvorstand hat daher nach jeder erfolgten Neuregelung der reichstarkeilichen Löhne die Höhe der für die einzelnen Beitragsklassen geltenden Tagesätze sowie die Zahl der Unterstützungstage bekanntzugeben.“

Anfolge der Anfügung weiterer höherer Beitragsklassen machte sich natürlich auch stets eine Verschiebung der Unterstützungsdauer für die einzelnen Beitragsklassen nötig. Die von der Kollegin S. N. gewünschte Gleichstellung der Zahl der Unterstützungstage und -stufen für alle Beitragsklassen würde eine Belastung für die Organisation bedeuten, die diese, zumal in heutiger Zeit, unumgänglich ertragen könnte. Diese Verschiebung der Unterstützungsdauer für die einzelnen Beitragsklassen ist jedoch so gehalten, daß, nach den bis zum 31. Dezember vorigen Jahres bestandenen sieben Beitragsklassen gemessen, den fortgeschrittenen Lohnsteigerungen entsprechend die Unterstützungsdauer immer in den gleichen Grenzen gehalten ist. So war für die zum tariflichen Spitzelohn arbeitenden geübten Arbeiterinnen bis zum 31. Dezember 1922 mindestens die 4. Beitragsklasse zuständig. Nach dem 1. Januar gehörten diese ihrem Verdienst entsprechend mindestens in die 6. Klasse, vom 4. Februar ab mindestens in die 9. bis 11. Klasse, vom 18. Februar ab mindestens in die 20. bis 25. Klasse und jezt im März mindestens in die 27. bis 32. Klasse. Genau so liegt das Verhältnis auch für alle anderen Gruppen der Mitglieder, so daß sich daher durchaus keine Verminderung, sondern eher noch eine Erweiterung in der Dauer der Unterstützung feststellen läßt.

Den diesbezüglichen Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes ist zudem aber auch noch besonders angefügt, daß durch diese vorgenommenen Verschiebung der Unterstützungsdauer in den einzelnen Beitragsklassen für diejenigen Mitglieder, die stets nach ihrem Verdienst in die richtige Beitragsklasse neuern, unter keinen Umständen eine Schädigung eintreten soll.

In der kurzen Uebergangszeit war das Vorkommen gewisser Härten in einzelnen Fällen allerdings nicht unumgänglich. Eine Rückfrage beim Verbandsvorstand hätte dann jedoch stets für das betreffende Mitglied einen günstigen Entscheid zur Folge. Solche ungerechten Härten, wie sie die Kollegin S. N. in ihrem Artikel schildert, sind vom Verbandsvorstand nicht nur nicht gewollt, sondern dürften bei richtiger Anwendung der diesbezüglichen Bestimmungen auch gar nicht eintreten, weil in solchen Fällen für die Zeit bis zum 4. März die in Nr. 52, Seite 334, veröffentlichten Uebergangsbestimmungen anzuwenden wären, die jede Schädigung der betreffenden Mitglieder ausschließen. Fr. Lender.

Die Bibel, ihre Geschichte und Verbreitung.

II.

Die Wolfenbütteler Bibliothek ist besonders reich an solchen seltenen Bibelausgaben. Wie schon erwähnt, befindet sich u. a. auch der Codex Carolinus dort, eine auf purpurfarbendem Pergament handschriftlich hergestellte Teilausgabe der Bibel in polnischer Sprache, eine der ersten Uebersetzungen der Bibel in eine germanische Sprache. — Die wichtigsten sowie vollständigsten Codices sind: der Codex Sinaiticus in Petersburg, der Vaticanus in Rom, der Alexandrinus im britischen Museum in London, in der bis auf geringe Teile das ganze Neue Testament zu finden ist, ferner eine Handschrift in der Bibliothek zu Paris, welche Bruchteile aus den Evangelien enthält; aber auch der älteste reicht nicht viel über das Jahr 400 zurück. — Die älteste gedruckte Ausgabe, die ein Datum trägt, ist von 1462, in Mainz bei Faust und Schöffer, den Geschäftsnachfolgern Gutenbergs, gedruckt. Ihr folgten Ausgaben zu Hunderten, aber selbst das Tridentiner Konzil hat keinen der verschiedensten Texte als den gültigsten bezeichnet, als es die „Vulgata“ zur authentischen Version erhob. Luther hat nach der von Erasmus von Rotterdam besorgten Ausgabe (Basel 1516) übersezt. Der griechische Originaltext ist zuerst in dem großartigen Bibelwerk des Kardinals Ximenes in Alcalá in Spanien gedruckt (Komplutensische Polygotte), hierauf folgten die berühmten Aus-

gaben des gelehrten Pariser Druckers Robert Etienne oder Stephanus, diesen reihten sich die des Venediger Buchdruckers Elsevira an, welche gebräuchlicher Text (textus rescriptus) wurden. — Unsere Verseinteilung, d. h. die Zerlegung des Textes in kleinere, bezifferte Textstücke, ist dem Bibeltexte unwesentlich, da sie erst von Stephanus (1548) herrührt. In Luthers Bibel ist sie erst nach dessen Tode übergegangen*). — Die größte Bibel der Welt befindet sich im Vatikan in Rom, sie ist ein handschriftliches Exemplar und umfaßt 356 Foliolen, sie zählt zu den ältesten Exemplaren dieser Art. — Aus den Meisterwerken Gutenbergs sind hervorzuheben, sein Erstlingswerk: eine lateinische Bibel (Bibel Mazarine), von deren einige wenige Exemplare auch auf unsere Zeit übergingen. Ein solches erwarb das Antiquariat von Albert Cohn in Berlin um das Jahr 1881 in England. Es war eines von den wenigen auf Pergament abgezogenen Exemplaren. Dasselbe ist mit Ausnahme eines einzigen Blattes welches in einem getrockneten Faksimile vorhanden ist, ganz komplett, was sich bisher vielleicht nur von einem einzigen der sechs, außer diesem bekannten Exemplare, sagen läßt. Ein Gem-

*) Ein pensionierter Lehrer im Herzogtum Altenburg hat während seiner Bibelstudien ermittelt, daß die Bibel 1814 Kapitel, 13 173 Verse, 773 692 Wörter und 3 366 480 Buchstaben enthält. Der Name „Xehova“ kommt 685mal und das Wörtchen „und“ 46 227mal vor. Die genaue Mitte des Bibeltextes bildet der 8. Vers des 101. Psalms.

plar auf Papier, dem jedoch 17 Blätter fehlten, bekam im Jahre 1873 ebenfalls obige Firma. Das Pergamentexemplar, welches Henri Bertens 1825 von dem Buchhändler Nitot in London kaufte, wurde in der berühmten Berlins-Auktion in Hamworth Park bei London 1873 für 3400 Pfund Sterling (68 000 Mt.) verkauft. Das Exemplar obiger Firma war von allen bekannten vielleicht das größte, da es fast unbefchnitten ist, einzig in seiner Art aber ist es durch die künstlerische Ausschmückung, welche es zur Zeit seiner Erscheinung empfing. Außer vielen Hunderten prächtig gemalter und mit Gold aufgeschöhter (getriebener) Initialen und Ornamenten in reinster Früh-Renaissance trägt es auf den Rändern am Fuße der Blätter über hundert sorgfältig gemalte, figurenreiche Miniaturen, welche die in der Bibel erzählten Ereignisse illustrieren, jedenfalls die frühesten Bilder zu einem gedruckten Bibeltext. Das Exemplar befindet sich in seinem ersten Holzeinbände in zwei Bänden gebunden.

Als hervorragende künstlerische Erstlingswerke Gutenbergs zeichnen sich insbesondere seine 36zellige und namentlich die 42zellige Bibel aus, von denen auch ein tadellos gut erhaltenes Exemplar in der Hofbibliothek zu Wien aufgestellt ist. 1457 entstand sein berühmtes „Matorium“ und 1460 sein großes Wert „Ratholikon“, 748 Foliolen zu zwei Spalten à 66 Zeilen. Auf einer Bücherauktion in New York wurde eine Gutenberg-Bibel für 8000 Dollar verkauft (32 400 Mt.). Das große Maxlinische Bibelwerk in fünf Foliolen, in rot und blau Saffianleder ge-

Ein unverständlicher Beschluß.

Nach dem Bericht in Nr. 9 der „Buchbinder-Zeitung“ ist in Dresden ein Antrag auf Abschaffung unserer Unterstützungseinrichtungen angenommen worden. Entschuldigend wird dazu gesagt: „Auch dieser Antrag wurde angenommen, jedoch war bereits eine allgemeine Abstimmungsämde eingetreten.“ Das soll jedenfalls heißen, daß sich viele der Abstimmung enthalten haben. Diese Tatsache aber würde zeigen, daß trotz dieses Beschlusses auch in Dresden bei einem erheblichen Teile der Mitglieder die Ueberzeugung von der Notwendigkeit unserer Unterstützungseinrichtungen vorhanden ist. Bedauerlich ist nur, daß diese Ueberzeugung nicht energisch genug verkündet und bei der Abstimmung zum Ausdruck gebracht worden ist. Unsere Unterstützungseinrichtungen sind ja nicht aus der blauen Luft gekommen, sie sind in systematischer Arbeit eingeführt und ausgebaut worden infolge der vielen Anträge aus allen Gegenden des Reiches an jeden einzelnen unserer Verbandstage.

Nun versucht Kollege Mitsche-Dresden in Nr. 10 den Antrag zu begründen und an der Hand der zugegebenen (durch die Geldwertung) unvollkommenen Einrichtungen die Notwendigkeit der Abschaffung auch theoretisch zu beweisen. Da scheint es doch notwendig zu sein, dem einiges entgegenzuhalten und das Unhaltbare des Dresdener Beschlusses sachlich nachzuweisen. Dazu folgende Feststellung: In Dresden waren im 4. Quartal 1922 (neuere Zahlen stehen noch nicht zur Verfügung) 109 männliche und 1042 weibliche Mitglieder arbeitslos. Krank waren 25 männliche und 294 weibliche Mitglieder. An Arbeitslosenunterstützung wurden aus der Verbandskasse gezahlt 563 174,90 M. und an Krankenunterstützung 64 786 M. Diese zusammen 627 960 M. für die genannten zwei Unterstützungsarten wurden allein in Dresden ausgegeben zu einer Zeit, als die Arbeitslosigkeit noch lange nicht in dem Umfang als Massenerscheinung auftrat wie heute. Eine Ueberflut über die Ausgabe im 1. Quartal des laufenden Jahres wird ganz andere Zahlen zeigen. Und da dies vorauszu sehen war, deshalb hat ja auch unser Verbandesbeitrat vorjüngend die Beiträge den Verhältnissen etwas anzupassen versucht unter gleichzeitiger nicht unwesentlicher Erhöhung der Unterstützungen in der jedenfalls nicht falschen Annahme, damit unsern von der Krise schwer heimge suchten Mitgliedern ihre Lage in etwas zu erleichtern. Aber selbst Kollege M. gesteht ja einer ausgebauten Unterstützungseinrichtung eine große agitatorische Kraft zu, doch glaubt er die Zeit nicht mehr für gegeben, daß die Unterstützungseinrichtungen als Werbemittel in Betracht kommen können. Ganz selbstverständlich ist die Erfassung aller Berufsangehörigen heute leichter als ehemals. Trotzdem ist es ein Trugschluß, von den uns noch Fernstehenden und auch von einem nicht kleinen Teile unserer Mitglieder auch ohne unsere Unterstützungseinrichtungen die unbedingte Einsicht in die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vorauszu setzen. Der andauernde Mitgliederzu- und -abgang beweist das Gegenteil. Daß diese dauernde Fluktuation in unsern Verbände wesentlich eingebremst ist, hat seine Ursache nicht zuletzt gerade in unsern Unterstützungen, die bewußt mit zu diesem Zweck geschaffen, erhalten und ausgebaut sind.

Nun empfiehlt Kollege M. eine Doktor-Eisenbart-

Kur. Da unsere Unterstützungsleistungen infolge der Geldwertung nicht ausreichend seien, müßten sie beseitigt werden. Ich habe dabei doch allen Anlaß, nicht mit Unrecht anzunehmen, daß die oben bezeichneten 1470 unterstützten Mitglieder in Dresden hierüber anderer Meinung sein werden. Auch die zureichende Unterstützung wird ihnen eine willkommene Hilfe gewesen sein. Unsere Unterstützungen haben ja nicht den Zweck, alle Not von den Arbeitslosen und Kranken fernzujagen. Das können und wollen sie auch gar nicht. Und wie war es zum Verbandstag in Kassel? Viele Anträge lagen vor, die Unterstützungseinrichtungen zu beseitigen, aber eine bessere Einsicht siegte und verbesserte das Unzureichende.

Auch der Hinweis darauf, daß der Verband bei Massenarbeitslosigkeit nicht in der Lage sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen, ist verfehlt, selbst wenn dabei auf die Erfahrungen von 1914 verwiesen wird. Dabei wird eben geistlich übersehen, daß die damalige Notstandsunterstützung eine außerstatutarische war und daß nach kurzer Dauer derselben sämtliche statutarischen Rechte der Mitglieder wieder hergestellt wurden. Und wenn Kollege M. selbst sagt, daß unsere Mitglieder in gewissem Umfange mit unseren Unterstützungseinrichtungen rechnen und er bleibt trotz dieser Erkenntnis bei seiner Ablehnung, dann muß man jedenfalls ein gut Teil Logik in diesem Verhalten vermissen. Als Ersatz verlangt Kollege M. den Kampf um ausreichende Reichsunterstützung. Das befürworte auch ich, aber bis diese geschaffen ist — und zweifellos noch darüber hinaus — muß eben die Organisation helfend und ausgleichend eingreifen. Bereuen wir doch auch nicht, daß zurzeit höchstens 25 Proz. aller tatsächlich Arbeitslosen heute staatliche Unterstützung bekommen, da ja überall da nichts gegeben wird, wo noch Familienangehörige, die unterhaltspflichtig sind, Verdienste haben. Darum ist aus solidarischen Empfinden heraus nicht einer Beseitigung unserer Unterstützungseinrichtungen das Wort zu reden, sondern einem weiteren Ausbau derselben. Helfen wir alle mit, unsern Verband so zu stärken, daß er für sämtliche Mitglieder die Stütze bleiben kann, die er in der jetzigen Zeit sein muß, daß jedes Mitglied in ihm eine Hilfe findet, selbst wenn es infolge von Arbeitslosigkeit oder Krankheit zeitweilig aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet ist.

Julius Otto - Berlin.

Internationales.

Die Arbeitslosigkeit im Ausland. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit ist nicht zu bannen, solange es nicht gelingt, die Völker dieser Erde wieder zum friedlichen Nebeneinanderarbeiten zu bringen. Vier-einhalb Jahre nach dem angeblichen Ende des Weltkrieges gehen Millionen von Arbeitern müßig und schreiben nach Arbeit, während der Mangel an allen Kulturgütern, an Nahrung, Behausung und Bekleidung in aller Welt immer fürchterlicher wird.

Wohl jetzt Amerika seit etwa Jahresfrist eine bemerkenswerte Besserung, als noch die Zahl der Arbeitslosen allein in den Vereinigten Staaten auf 3 bis 4 Millionen geschätzt wurde. Leider fehlen genauere Zahlen, um die Entwicklung des nord-amerikanischen Arbeitsmarktes übersehen zu kön-

nen. Die Nachrichten sind widersprechend, aber unverkennbar ist eine erhebliche Besserung eingetreten. Daß zeitweise sogar eine derartige Anspannung des Arbeitsmarktes eingetreten ist, wie gelegentlich zu lesen war, daß die Arbeitslosigkeit einem Arbeitermangel gewichen ist, ist höchst unwahrscheinlich. Neuere Nachrichten konstatieren ein neuerliches Nachlassen der Beschäftigungszahlen und Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Dieses bestätigen auch die Zahlen aus Kanada, wo sich die Entwicklung zahlenmäßig an der Zahl der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder verfolgen läßt. Dezember 1921 und Januar 1922 waren dort 14 bis 16 v. H. der Mitglieder erwerbslos. Diese Zahl sank September auf 2,8 v. H., um von da ab wieder zu steigen. Ende November 1922 waren bereits wieder 6,2 v. H. der Mitglieder arbeitslos.

Genauere Zahlen liegen für Europa vor. Sie zeigen, daß nach wie vor die Völker von grauenhafter Arbeitslosigkeit geplagt sind, die Arbeiter zu langsamer, aber sicherer Verelendung führt. Nur wenige Oasen ragen aus diesem Ozean des Elends. Frankreich zählt verhältnismäßig wenig Arbeitslose, weil es Hunderttausende unter den Waffen hält und Kriegsdienst verrichten läßt und weitere Hunderttausende mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigt. Die Landwirtschaft nimmt viele Arbeitskräfte mit, so daß sogar ein durch einwandernde Ausländer gedeckter Bedarf entstanden ist. Hinzu kommt, daß beim Aufbau der zerstörten Gebiete zahlreiche Arbeitskräfte beschäftigt sind. Belgien zeigt eine erhebliche Besserung des Arbeitsmarktes. Seit Beginn 1921, wo rund 200 000 Arbeitslose und Kurzarbeiter festgestellt sind, ist die Zahl bis Ende Dezember 1922 auf rund 26 000 gesunken, für das kleine Land eine trotzdem nicht unerhebliche Zahl. Die deutschen Zahlen sind bekannt. Die bis Mitte August 1922 anhaltende Hochkonjunktur, die sich auf den niederen Löhnen der deutschen Arbeiter aufbaute, weicht seitdem einer stärkeren Arbeitslosigkeit, die Ende Januar in einigen Industrien bereits zur Krise gesteigert ist. Zwar ist Ende Januar mit 4,4 v. H. erwerbsloser Gewerkschaftsmitglieder eine eigentliche Katastrophe noch nicht erkennbar. Aber einmal steht neben der Zahl der Vollerwerbslosen die schnell und stark steigende Zahl der Kurzarbeiter und weiter wird durch den französisch-belgischen Ueberfall auf das Wirtschaftsgebiet an der Ruhr der deutschen Wirtschaft ein Schlag versetzt, dessen Auswirkung sich im Augenblick noch nicht zahlenmäßig übersehen läßt.

Die Lage des Arbeitsmarktes in den übrigen europäischen Staaten, soweit sich zahlenmäßige Nachweise erbringen lassen, zeigt folgende Uebersicht:

England zeigt, verglichen mit den Höchstzahlen im Mai und Juni 1921, als die Krise am schärfsten wirkte, eine Besserung des Arbeitsmarktes. Damals waren 2,1 Millionen (17—18 v. H.) der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten völlig erwerbslos; die Gewerkschaften zählten 22 bis 23 v. H. ihrer Mitglieder arbeitslos. Seitdem sinken diese Zahlen langsam, aber im Dezember 1922, dem günstigsten Monat, waren noch 1 431 929 Ver-

bunden, reich vergoldet, wurde zu 75 Guineen (zirka 1500 M.) veräußert. Dasselbe wurde insbesondere seines Einbandes wegen erstanden, da diese fünf Folianten aus dem Ateller des bekannten und berühmten englischen Buchbinders Payne (1730) zu London hervorgegangen sind.

Eine Sauer-Bibel von Germantown (Amerika) ist eine der größten bibliographischen Seltenheiten, die im Jahre 1800 auf dem Büchermarkt erschienen ist. Es ist ein Exemplar der Bibel, die als das erste in deutscher Sprache in Amerika gedruckte Buch gilt. Die Stadt Germantown (jetzt eine Vorstadt von Philadelphia), die am 24. Oktober 1685 von der Frankfurter Landkompagnie unter der Führung von Franz Daniel Bistorius gegründet wurde, blieb für lange Zeit der Sommerplatz der Deutschen. Hierher kam auch Christoph Sauer, geb. 1693, aus Laasphe in Westfalen, der in Halle Medizin studiert hatte, eine tiefreligiöse Natur, der sein Leben lang bestrebt war, das geistige Wohl seiner Landsleute zu fördern. Er führte Bibeln ein und veranlaßte die deutschen Bibelgesellschaften, ihre Bücher zur Verteilung an Unbemittelte hinüberzusenden. Er gelangte in den Besitz einer kleinen Druckereianstalt und begann die Herausgabe einer Zeitung, des „Pennsylvanisch-Deutschen Berichters“. Es war die erste Zeitung in der deutschen Sprache, die in Amerika gedruckt wurde. Bald darauf faßte er den Entschluß, eine deutsche Bibel zu drucken, ein gewaltiges Unternehmen, zu welchem weder seine Druckerei noch seine Geldmittel ausreichten. Im Jahre 1730 veröffentlichte er eine Ein-

ladung zur Subskription, um die Größe der Auflage zu bestimmen und die Zahlung der Ausgaben zu erleichtern. Wegen der Typen wandte er sich nach Frankfurt a. M. an Heinrich Ehrenfried Luther, welcher damals Besitzer der berühmten alten Gessloffschen Schriftgießerei war. Luther schickte Sauer die Typen als Geschenk und verlangte als Gegenleistung nur die Zufendung eines Exemplars der Bibel, wenn sie gedruckt sei. Sobald die Sendung aus Frankfurt angekommen war, begann der Druck, der drei Jahre in Anspruch nahm. Im August 1743 verließ der letzte Bogen die Presse. Die erste in Amerika in einer europäischen Sprache gedruckte Bibel war vollendet. Um Luther seine Dankbarkeit zu bezeugen, schickte ihm Sauer zwölf gut gebundene Exemplare. Das Schiff, welches sie trug, geriet Seeräubern in die Hände, und erst nach Jahren gelangte die Sendung durch einen glücklichen Zufall in den Besitz Luthers. Er besaß ein Exemplar für sich, das noch heute von seinen Nachkommen in Frankfurt als ein kostbarer Schatz aufbewahrt wird, und verschenkte die elf anderen. Der englische Gelehrte J. Wright hat diesen Exemplaren nachgeforscht und hat ausführlich darüber berichtet. Es ist ihm gelungen, von den elf Exemplaren sieben in verschiedenen Bibliotheken Deutschlands zu entdecken. Als achttes Exemplar kommt nun dasjenige hinzu, welches jetzt im Besitze eines Frankfurter Antiquars ist. Der Titel lautet: „Biblia, das ist die Heilige Schrift, Altes und Neues Testament; Nach der deutschen Uebersetzung D. Martin Luthers. — Mit jedes Kapitels Kurzen Summarien, auch bey-

gefügt diesen und wichtigen Parallelen; Nebst einem Anhang des dritten Buches der Makkabäer. Germantown: Gedruckt bey Christoph Sauer, 1743.“ Das Papier ist vorzüglich, die Type groß und klar, der Druck äußerst sorgfältig, so daß die Sauer-Bibel den Vergleich mit den deutschen Drucken jener Zeit nicht zu scheuen braucht. Das letzte auf den Markt gekommene Exemplar war dasjenige, welches 1890 in der Brinlen-Versteigerung zu New York zu 850 Dollar (1487,50 M.) verkauft wurde. Das vorliegende Exemplar dieser erwürdigen Reliquie deutscher Arbeit ist mit 1200 M. angekauft.

In der Londoner Queen-Victoria-Street, einer der belebtesten Geschäftsstraßen, erhebt sich ein palastartiges Gebäude, dem der Ruhm zukommt, daß es die feltsamste Bücherammlung der Welt beherbergt. Es ist das Haus der berühmten „Britischen und Ausländischen Bibelgesellschaft“. In ihrer Bibliothek ist nun ein Buch vertreten, eben die Bibel selbst, aber sie umfaßt dennoch 15 000 Bände in 500 verschiedenen Sprachen und Dialekten. Von der englischen Bibel allein sind nicht weniger als 1500 Exemplare vorhanden. Unter den Schätzen der Bibelbibliothek befinden sich viele Kuriositäten von herorraugendem Wert. Da ist z. B. die „fletmetige Bibel“ aus dem Jahre 1636. Sie führt ihr fletmetiges Attribut darum, weil in ihrem Text der zehn Gebote das negative Wort im siebenten Gebot fehlt. Noch eigenartiger ist vielleicht das Neue Testament für die Massachusetts-Indianer, das im Jahre 1661 übersetzt worden ist. Es gibt nämlich keinen einzigen Menschen mehr, der

sicherte (12,2 v. H.) von den Gewerkschaftsmitgliedern 14 v. H. arbeitslos. Im Januar 1923 ist die Zahl wieder auf 1 493 000 (12,7 v. H.), davon 1,23 Millionen Männer und 264 700 Frauen, gestiegen. Außerdem bezogen noch 60 147 Kurzarbeiter Erwerbslosenunterstützung. Seit mehr als zwei Jahren steht die englische Volkswirtschaft vor der Aufgabe, von ihren rund 12 Millionen Versicherten dauernd durchschnittlich mehr als 1½ Millionen erwerbsloser Arbeiter zu unterhalten, ohne daß eine Lösung des furchtbaren Problems zu erkennen ist.

Die skandinavischen Länder zeigen wohl eine Besserung des Arbeitsmarktes, zeigen jedoch nach wie vor eine ungeheure Arbeitslosigkeit. In Dänemark, Schweden und Norwegen traf die Krise Ende 1920 ein und erreichte ihren Höchststand um die Wende der Jahre 1921 und 1922, als die dänischen Gewerkschaften 29 bis 33 v. H., die schwedischen 33 bis 35 v. H. und die norwegischen 24 bis 26 v. H. ihrer Mitglieder völlig arbeitslos zählten. Ende Oktober waren diese Zahlen auf 11,3, 15,0 und 11,6 v. H. gesunken. Seitdem zeigt sich ein erneutes Ansteigen der Arbeitslosigkeit. So waren Ende Dezember im Dänemark 20,3 v. H., in Schweden 21,7 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Schweden betrug am Jahresende 45 900. Neuere Zahlen für Norwegen liegen nicht vor.

Auch die Schweiz ist nach wie vor stark notleidend. Das Land, das in der ersten Hälfte des Jahres 1920 zwischen 3000 und 5000 Arbeitslose zählte, sah 1921/22 ein krisenhaft schnelles Ansteigen. Der Februar 1922 brachte mit fast 100 000 Arbeitslosen den Höhepunkt. Bis zum Oktober senkte sich diese Zahl auf 48 000, stieg von da an wieder und erreichte Ende Dezember wieder 53 463 Arbeitslose und 20 429 Kurzarbeiter. Ende Januar 1923 sind es 56 275 Arbeitslose und 19 868 Kurzarbeiter. Auch Italien zeigt eine ähnliche Entwicklung. Januar 1922 Höchststand mit 60 819 Arbeitslosen, dann ein Absinken bis zur Mitte des Jahres auf 318 000, um von da an wieder anzusteigen auf 382 000 Arbeitslose. Dazu traten noch Ende Dezember 42 600 Kurzarbeiter.

Für Holland liegen nur die Zahlen der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder vor, die das Weiterwarten der Arbeitslosigkeit zeigen. Auch hier eine Besserung verglichen mit den Höchstzahlen Anfang 1922, als 20 bis 22 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren. Es zeigt sich eine erhebliche Besserung bis zum September, als immerhin noch 9,1 v. H. arbeitslos waren. Von da an steigt die Zahl erneut. Ende Dezember waren 14 v. H. der Mitglieder arbeitslos. Einschließlich 10 500 Kurzarbeitern waren von 332 000 Mitgliedern 52 519 nicht vollbeschäftigt.

Die Tschechoslowakei zeigt das Bild einer überaus ersten, sich schnell steigenden Krise. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug am 1. Oktober 1922 232 390, am 1. November 266 964. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen wird für 1922 angegeben: Juni 56 600, Oktober 127 000, Dezember 141 000 und Januar 1923 mit 190 000.

Deutschsterrolch ist seit der „Reorganisation“ seiner Finanzwirtschaft durch die Alliierten in

eine katastrophale Krise gestürzt, deren Ausgang unabschbar ist. Das Land zeigte eine auf dem sinkenden Kronenwert basierende Hochkonjunktur, die mit der Stabilisierung zusammenbrach. Ende Oktober 1922 war die Zahl der unterstützten Arbeitslosen bereits auf über 57 000 gestiegen. Im Dezember zählte das kleine Land 91 237 Vollerwerbslose, davon allein 85 345 in Wien. Mitte Januar ist diese Zahl bereits auf 128 000 gestiegen, dazu treten jedoch noch 250 000 Kurzarbeiter.

Neuerdings liegen auch aus Rußland genauere Nachrichten über den Umfang der Arbeitslosigkeit vor. Die steigende Finanzkrise hat die Sowjetregierung gezwungen, die ungeheuer überbesetzten Behörden stark abzubauen, die Arbeiter und Angestellten zu entlassen. Aber die russische Wirtschaft kann die Entlassenen, obwohl das Land an allen Dingen bittere Not leidet, nicht aufnehmen, denn die Industrierwerke und der Handel sind in trostloser Verfassung und selbst zu weiteren Entlassungen genötigt. Nach einem am 17. Januar veröffentlichten amtlichen Bericht des Volkskommissariats für Arbeit registrierten am 1. Dezember 1922 Petersburg, Moskau und 77 Provinznachweise zusammen 243 950 Arbeitslose. Von diesen entfielen auf Petersburg 71 373, auf Moskau 55 353. Damit zeigt sich seit dem 1. Oktober ein Ansteigen der Gesamtzahl um 30 132, davon in Petersburg um 1750, in Moskau um 7339. Nach den Berichten herrscht besonders unter den höchstqualifizierten Facharbeitern und Technikern starke Arbeitslosigkeit, so daß die Sowjetregierung bereits Schutzmaßnahmen durchführen mußte, um einer Abwanderung vorzubeugen, die bei der ohnehin sehr beschränkten Zahl von Qualitätsarbeitern die Schwierigkeit eines Wirtschaftsaufbaues unendlich steigern würde.

Eine notwendige Richtigstellung.

Die Nummer 12 der „Buchbinder-Zeitung“ vom 18. März enthält auf Seite 95 einen Bericht aus Leipzig, in dem insbesondere der Kollege Petric Ausführungen machte, die nicht unmissverständlich bleiben können. Eine Richtigstellung in unmittelbarem Anschluß an den Bericht selbst wäre erfolgt, wenn uns von dem Inhalt desselben vorher Kenntnis gegeben worden wäre.

Der Bericht läßt den Kollegen Petric sagen: „Der VB. habe sich eine eigene Parole gegeben, in der er sich zum Grundsatze mache, niedrige Löhne, hohe Beiträge, hohe Gehälter der Angestellten.“ Wenn man schon in gegenwärtiger Zeit daran gewöhnt ist, alles mögliche ungereimte Zeug von Disfunktionsrednern zu hören, so ist doch das, was der Kollege Petric dem VB. hier unterstellt, so schwerwiegender Natur, daß es einer Schädigung der Verbandsinteressen gleichkommen würde, wenn solche Behauptungen unmissverständlich in die Welt hinausgehen würden. Er sagt, der VB. habe sich zum Grundsatze gemacht „niedrige Löhne“. Wo, in aller Welt, fragen wir den Kollegen Petric, hat je der Verbandsvorstand irgendwem und irgendwo sich auf den Standpunkt gestellt, daß für die Arbeiterschaft niedrige Löhne gepöbelt werden sollen. Weiß er nicht als freigestelltes Betriebsratsmitglied in einer der

größten Buchbindereien in Leipzig, daß die Organisation seit ihrem Bestehen mit aller Macht sich dafür eingesetzt hat, daß möglichst hohe Löhne für die Berufsangehörigen geschaffen werden? Hat aber der Kollege Petric Beweise für seine Behauptungen, so mag er diese beibringen. Daß der VB. für möglichst hohe Beiträge einzutreten hat, die sich gemäß den Beschlüssen des Verbandstages an die Stundenlöhne anlehnen sollen, ist seine Pflicht, die zu erfüllen im Interesse der Organisation er mit größter Energie sich bemühen wird und muß, soll die Aktionskraft der Organisation erhalten bleiben.

Was nun aber die „hohen Gehälter der Angestellten“ anbelangt, so bestimmt diese nicht der VB., was übrigens ja auch der Kollege Petric als ehemaliger Delegierter des Verbandstages selbst wissen mußte, sondern sie richten sich nach Grundsätzen, die bereits vor dem letzten Verbandstage auf Vorschlag des Ausschusses festgelegt wurden, die der Verbandstag funktioniert hat und die von jedem einzelnen Mitglied nachgelesen werden können auf Seite 38 des Protokolls des Kasseler Verbandstages. Eine durch die Selbstwertung veranlaßte, aber nicht erhebliche Abänderung hat der Beirat am 17. Dezember beschlossen, wie im Bericht in Nr. 52 der „Buchbinder-Zeitung“ nachzulesen ist.

Der Bericht spricht weiter davon, daß der Kollege Petric sich „in eigener Sache“ an den Verbandsvorstand gewandt hätte. Davon ist diesem nichts bekannt. Wohl bekannt ist ihm aber, daß Kollege Petric in zwei Briefen, die er an den VB. richtete, sich gegen die hohe Entlohnung der Angestellten auflehnte und sich weiter über die Zurücksetzung beklagte, die ihm in Leipzig anlässlich der Besichtigung der letzten Beiratsitzung widerfahren wäre. Wenn der Kollege Petric nicht widerwillig, bis er einen Lohnabbau bei den Angestellten erreicht hat, so soll er um diesen einer besseren Sache würdigen Eifer nicht beneidet werden. An der dem Kollegen Petric in Leipzig widerfahrenen Zurücksetzung, bezüglich der Besichtigung der letzten Beiratsitzung, trägt der VB. irgendwelche Schuld nicht, was dem Kollegen Petric vollak bekannt sein muß.

Auf Veranlassung des Kollegen Petric läßt der Bericht den Kollegen Zintz, den Vorsitzenden des Verbandsausschusses, bezüglich der Beitragsfrage sagen, „er wisse selbst nicht, wie der VB. dazu gekommen sei, die Beiträge nicht, wie beschlossen, 4 Wochen nach dem Lohnabkommen in Kraft treten zu lassen, sondern nach jedem Lohnabkommen die Beiträge sofort zu erhöhen.“ Dazu wäre zu bemerken, daß an sämtliche Mitglieder des Beirates in dem Rundschreiben Nr. 119 vom 10. Januar 1923 die Gründe kurz dargelegt waren, warum der VB. die vierwöchentliche Frist nicht glaubte einhalten zu können, und aus einem Schreiben des Kollegen Zintz vom 15. Januar glaube der VB. mit Recht entnehmen zu dürfen, daß er gegen die Aufhebung der vierwöchentlichen Frist nichts einzuwenden hätte, wie ja fast ausnahmslos alle Beiratsmitglieder mit dem VB. in Vorschlag gebrachten Regelung stillschweigend einverstanden waren.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Bayreuth. Eigenartige Zustände bestehen in einer hiesigen Buchbinderei und Kartonagenfabrik. Dort werden circa 25 bis 30 Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren beschäftigt, die einen Wochenlohn von 370 bis 690 M. erhalten. (Heute noch? D. K.) Neben ihrer beruflichen Tätigkeit haben diese Mädchen noch eine sonderbare Tätigkeit auszuüben. Einer der Herren Prinzipale hält nämlich in seiner Eigenschaft als Leiter des christlichen Jungmännerbundes Sonntags des öfteren Bibelstunden in umliegenden Orten ab, zu denen die jungen Arbeiterinnen dirigiert werden, um dort den gesanglichen Teil auszuführen. Außerdem findet jeden Morgen vor Beginn der Arbeit eine Morgenandacht im Betriebe statt, die ungefähr eine Stunde der den Unternehmern sonst so kostbaren Arbeitszeit in Anspruch nimmt. Gerade in der letzten Zeit wird von diesen Herren erkannt, daß die ohnedies zu kurze Arbeitszeit von 8 Stunden in vollem Maße einzuhalten sei, was man ganz begrifflich finden kann. Wenn es aber gilt, die Arbeiterschaft über ihre traurige Lage hinwegzutäuschen durch christlich-religiöse Veranstaltungen, dann ist man bereit, die dadurch unnötigerweise verkürzte Arbeitszeit zu bezahlen. Die Nächstenliebe und christliche Barmherzigkeit geht sogar ja weit, da man für die Belegschaft eine Weihnachtsfeier veranstaltete und kleine Geschenke ausstelte. Die Kosten dafür sind ja längst durch die seit Monaten den Arbeiterinnen zu wenig bezahlten Löhne reichlich gedeckt. Eine besondere Weihnachtsgabe für einen Teil der Belegschaft war die fristlose Entlassung am Tage vor Weihnachten. Auch eine christliche Lat!

dieses Buch zu lesen vermag. Jener Indianerstamm ist schon längst vollkommen ausgestorben und mit ihm ist auch die Kenntnis seiner Sprache von der Erde verschwunden. Wer die Säle der Bibliothek durchwandert und die aufgeschlagenen Bibelausgaben aller Herren Länder betrachtet, wird die unerhörte Mannigfaltigkeit der Sprachen bewundern, die unter den Menschen gesprochen werden. Die aushängenden Tabellen orientieren über die Verbreitung der Bibel in allen Weltteilen. Im Jahre 1913 wurden von der Gesellschaft 901 807 ganze Bibeln, 1 109 239 Ausgaben des Neuen Testaments und 4 872 720 einzelne Teile der heiligen Schrift vertrieben. Die Gesellschaft hat im ganzen etwa 250 Millionen Exemplare der Bibel und einzelne Teile von ihr vertrieben. Die jährlichen Ausgaben der Bibelgesellschaft belaufen sich auf 6 250 000 Frank, von denen nur 5 500 000 durch den Verkauf der Bibeln wieder eingebracht werden. Der Rest wird durch freiwillige Subskriptionen, durch Schenkungen und Sammlungen aller Art gedeckt.

Im abgelaufenen Jahrhundert wurden insgesamt 165 057 186 Bibeln und Teile derselben ausgegeben. Nach dem Muster der Britischen Gesellschaft traten in den meisten christlichen Staaten ähnliche zusammen, namentlich in Rußland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Deutschland, Holland, Frankreich und der Schweiz. Die große amerikanische Bibelgesellschaft zählt 1000 Tochteranstalten. Sie druckt in 34 Sprachen, in acht indianischen Dialekten und führt Blindenbibeln. Seit ihrer Gründung (1816) hat sie über 60 Millionen Exemplare abgesetzt. Die Zahl der

seit 1800 auf der ganzen Erde verbreiteten Bibeln wird auf 200 Millionen geschätzt. In Deutschland allein sind 1900 mehr als 700 000 Exemplare Bibeln verbreitet worden. Ueber die Bibelverbreitung in Deutschland enthält die von der privilegierten württembergischen Bibelanstalt in Stuttgart ausgegebene Statistik folgende Angaben: Die von Consteinsche Bibelanstalt in Halle hat seit ihrer 1712 erfolgten Gründung 6 350 000 Bibeln, die preussische Hauptbibelgesellschaft in Berlin seit 1864 1 596 880, die 170 Tochtergesellschaften derselben 3 506 533 Exemplare der Bibel verbreitet. Die privilegierte Bibelanstalt in Stuttgart, gegründet 1812, hat im Königreich Württemberg bei einem Stiftungsgutins von 25 405 M. im letzten Jahre 39 539, seit der Gründung 1 651 637 Bibeln ausgegeben. Die Gesamtverbreitung in Deutschland betrug im Jahre 1884/85 515 603 Exemplare. Im Jahre 1900 bereits mehr als 700 000. Die jährliche Verbreitung in Deutschland hat in den letzten Jahren um 120 000 Exemplare zugenommen. Seit der Gründung der Gesellschaften in Deutschland allein sind 19 914 316 Exemplare verbreitet worden. Im ganzen bestehen in Deutschland 26 Bibelgesellschaften (ohne die Tochtergesellschaften) nebst drei Agenturen der britischen und ausländischen Bibelgesellschaft. Die Bibelverbreitung auf der ganzen Erde seit Anfang des 19. Jahrhunderts wird auf über 200 Millionen Exemplare geschätzt; hiervon kommen auf die britische 120, auf die amerikanische 80 und auf die übrigen Bibelgesellschaften 30 Millionen.



UNSERE JUGEND



Neue Streiter!

Wenn die Ostergloden die Auferstehung der Natur verkünden, dann schließen viele junge Menschen einen Abschnitt ihres Daseins, die Kindheit, ab. Sie erhalten die Jugendweihe und betreten als neue Streiter den Kampfplatz des Lebens. Freudige Erwartungen, ungezählte neue Eindrücke bestürmen das weiche Gemüt. Der Zwang der Schule wird von einer größeren Bürde von Pflichten abgelöst.

Wer von euch Jugendlichen erinnert sich nicht noch deutlich an all die inneren Regungen, die euch in der Zeit der Schulentlassung und dem Antritt der ersten Arbeits- oder Lehrstelle in Atem hielten? Auch in die Betriebe unseres Gewerbes werden die Schulentlassenen, Burschen und Mädels, ihren Einzug halten. Freilich, nicht wenige davon sind noch recht schwach und zu angestrenzter Arbeit kaum tauglich, aber die Not der Zeit zwingt auch ihre Eltern, sie in die Werkstätte oder Fabrik zu schicken, um mitzuverdienen zum sorgen Lebensunterhalt.

Aber die Jugend besitzt Lebensfreude und Schaffensdrang, und bei harter Fron läßt sich die Kraft. Diese zu einer einheitlichen Energiequelle zusammenzufassen, zu einheitlichem Wollen und Handeln zu verbinden, muß Aufgabe aller derer sein, die ihrem eigenen Leben Inhalt und Ziel gegeben haben. Die Arbeiterbewegung als das Rückgrat denkend schaffender Männer und Frauen will auch den neuen Streikern im Kampf ums Dasein helfend und fördernd zur Seite stehen. Darum grüßen wir die junge Schar und wollen sie einführen in die Reihen der freigewerkschaftlichen Jugend.

Ihr Mädchen und Burschen, die ihr bereits Mitkämpfer und Mitstreiter in der Gewerkschaftsbewegung seid, sollt nun euren jungen Arbeitskollegen zeigen, daß wir in Freud und Leid zusammenstehen, uns verbunden und eins fühlen, jederzeit bereit, dem Jüngeren und Schwächeren mit Rat und Tat zu helfen. Frühe Zeiten und schwere Kämpfe stehen der Arbeiterschaft bevor. Die Zahl der Feinde unserer Bewegung ist nicht gering. Von dem Ausgang der Kämpfe hängt das Schicksal unserer Zukunft ab. So laßt uns denn mit Jugendkraft und eisernem Willen an unserem gemeinsamen Schicksal schmieden.

Unsere Reihen gestärkt, unser Wissen vertieft, die Erfahrungen der Alten mit dem Eifer der Jugend verbunden, so wollen wir zusammenstehen, und darum grüßen wir die schulentlassene Jugend. St.

Bildung und Klassenkampf.

1. Die Bildungsarbeit der proletarischen Klasse ist nicht Selbstzweck, sie ist stets Mittel zum Zweck. Sie ist für uns das, was im Kriege die Waffen und Munition sind, mit denen ein Heer seinen Sieg zu erringen trachtet. Darum unterscheidet sich auch die Bildung der Bourgeoisie von der des Arbeiters. Die erstere strebt zur Bildung, um zum Genuß des Daseins zu gelangen, aber auch, um ihre gesellschaftliche Vormachtstellung zu behaupten. Die bürgerlichen Klassen sind in der Abwehr. Wir Arbeiter sind im Angriff, wir müssen uns noch erst ein menschenwürdiges Dasein erobern. In diesem Klassenkampf nun stoßen wir auf die wirtschaftlichen und politischen Forderungen unseres Klassenegners. Wir fühlen aber auch, daß er uns in seiner Abwehr hinsichtlich der Bildung, des Wissens zunächst überlegen ist. Wenn wir Arbeiter auch eine Menge der bürgerlichen Bildung als Ballast getrost über Bord werfen könnten — wir müssen zunächst doch einmal dessen Eigenart, nähere Beschaffenheit kennen lernen, wenn wir ihn überwinden wollen.

Nichts ist natürlich leichter, als sich über die geistigen Marotten des Bürgertums, über seine besondere Art zu denken und zu leben, einfach hinwegzusetzen. Aber man muß das zuvor erst kennen lernen, wenn wir es kritischer und wenn wir Vorschläge zum Bessermachen anbringen wollen. Darauf kommt es nämlich auch beim proletarischen Klassenkampf an: Auf das Bessere machen! Alles Bestehende mit drei Sähen in Grund und Boden verdämmen und darüber jugende Kritik zu gießen, das wäre nicht gar so schwer. Weniger leicht, dafür aber um so wichtiger ist jedoch, Kritik zu üben, die sich in

erneuernde Tat umsetzen läßt, mit der man neues Leben dahin bringt, wo das veraltete gestanden hat. Wie nötig das ist, beweist uns die Revolution, durch die die Arbeiterschaft wichtige politische Rechte gewonnen hat, die ihr wiederum die Verpflichtung auferlegen, an dem Auf- und Umbau der Gesellschaft tatkräftig teilzunehmen. Da würde man natürlich nicht sehr weit kommen, wenn man sich nur auf das Verneinen verlegt. Da heißt es, neue Ziele in Vorschlag zu bringen, aber auch die Mittel anzugeben, durch die man zu diesen Zielen erst gelangt. Nur zu deutlich hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß die Vertreter der Arbeiterschaft bei dieser wichtigen Arbeit dank ihrer mangelhaften Schulbildung, aber vor allem dank von jung auf sehender proletarischer Bildung ins Hintertreffen gerieten. Sätten ihnen in ihren jungen Jahren die Bildungsmöglichkeiten offenstanden, die heute die Arbeiterjugend in der Jugendbewegung in allen Ländern findet, so stünde es gewiß um vieles besser.

Das sollte eine Mahnung für unsere heutige Jugend sein, recht fleißig die ihnen in der Jugendbewegung gebotenen Bildungsmöglichkeiten zu benutzen. Die Proletarierjungen und -mädchen sind die Träger der neuen Zeit, sie sollen die Arbeit fortsetzen, die die jetzt in der Arbeiterbewegung hervorretende Generation begonnen hat. Ihre Mission ist

Der Verband

ist die Gemeinschaft von Gleichgesinnten mit dem Ziel, für die Sicherung der Lebensnotwendigkeiten einzutreten, um seine Mitglieder zu beschützen, die Schätze der Kultur zu genießen. Der Verband

wird und kann

die's Ziel nur erreichen, wenn alle Mitglieder treu zu ihm halten und für seine Ausbreitung und Stärkung täglich werden. Der Verband kann

auch helfen,

wenn auch ihr ihm helft und ihm die Mittel zuführt, die notwendig sind, die gesteckten Aufgaben zu erfüllen.

es, die Revolution auszuwerfen, ja selbst die Theorie des Sozialismus (die wie alle gesellschaftlichen Erfindungen in steilem Flusse ist) fortzubilden. Das erfordert Schulung und proletarische Bildung, um so mehr, als in den Ländern der Revolution die Arbeiterschaft ihre Vertreter teilweise auf sehr verantwortliche Posten des Staates, der Länder und der Gemeinden gestellt hat und auch im übrigen Vertreter des Proletariats im Gesellschaftsleben einflußreichere Rollen übernehmen mußten. Damit ist durchaus nicht gesagt, daß neben dieser Bildungsarbeit der praktische sogenannte Tageskampf vernachlässigt zu werden brauchte. Aber für wen das „Wesen“ des Klassenkampfes lediglich in (möglichst lebhaften) Versammlungen, Demonstrationen, Streiks und allerlei Revolutionsromantik besteht, dem ist ebensowenig zu raten wie denen, die in der sozialistischen Jugendbewegung Gefühlsduselei und Apathetismus vermissen. Alles an seinem Platze, auch die Pflege des Körpers auf Wanderungen, bei Sport und Spiel. Aber was wären alle diese Lebensäußerungen der Jugendbewegung, wenn nicht ein klares Bildungsziel sie alle wie ein roter Faden durchzöge? So gewinnen wir denn die Auffassung, daß wir von vielen Schlagworthelden schlecht beraten sind, wenn sie meinen: „Bildung oder Klassenkampf“. Richtig ist die Fragestellung, wenn man sagt: „Bildung und Klassenkampf“.

In dieser Ueberzeugung werden wir nur bestärkt, wenn wir zum Schluß noch einen klüchtigen Blick auf das Leben unserer großen Lehrmeister werfen. Was war das Leben Karl Marx' anderes als ein dauerndes Lernen und Bearbeiten des Gelesenen? Nie wäre es ihm gelungen, eine so gründliche Kritik der politischen Ökonomie, sein „Kapital“, zu schreiben, wenn er nicht in jahrelanger Arbeit sich auf das genaueste mit den Gedankengängen

der bürgerlichen Ökonomen vertraut gemacht hätte. So hat er der internationalen Arbeiterschaft ein Werk hinterlassen, von dessen Grundzügen auch heute und immer jeder lernen muß, der mit Recht den Namen Sozialist tragen will. Oder wie hätte Friedrich Engels sein prächtiges (für die Jugend so bringend zu empfehlendes) Buch „Herrn Bührings Umwälzung der Wissenschaft“ schreiben können, wenn er nicht durch bienenfleißige Bildungsarbeit genaue Kenntnis von dem Stand der damaligen bürgerlichen Wissenschaft gehabt hätte? Und schließlich ist uns gerade August Bebel, der Verfasser des so wertvollen Buches „Die Frau und der Sozialismus“ ein leuchtendes Beispiel dafür, daß man auch als Proletarierkind aus ärmlichsten Verhältnissen heraus zu einem der geistlich hochstehendsten Männer seiner Zeit werden kann, wenn man mit eisernem Eifer und zähem Willen nach Wissen und Erkenntnis ringt! —

Ferienwanderungen!

Der Winter geht zur Neige. Die aufsteigende Sonne verkündet uns den kommenden Frühling. Neue Hoffnung und Kraft durchrieselt den Körper. Jugend und Frühling, sie gehören zusammen. Darum sehnt sich auch die Jugend nach Sonnenschein und Lebensfreude, nach Wald und blühenden Feldern. Die Wanderzeit beginnt und damit auch eine neue Betätigung für unsere Gewerkschaftsjugend. Vielfach ist man schon mitten drin in den Vorbereitungen für die Osterfahrten.

Die reichsstarke Regelung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat nun auch der Jugend einen Anspruch auf Sommerferien gebracht. Sind es auch nur 3 oder 4 Tage — wahrlich viel zu wenig, um dem jungen Körper eine nachhaltige Erholung zu bieten —, dann haben wir doch einen Anspruch darauf und müssen nun alles daran setzen, diese wenigen Tage recht auszunützen, so daß sie zum freudigen Erlebnis für das ganze lange Jahr werden. Es müssen daher schon jetzt alle Vorbereitungen von unseren Jugendabteilungen oder von den Ortsvereinigungen selbst getroffen werden, um allerorts Ferienwanderungen zu veranstalten.

Zunächst müssen Lage und Wanderziel festgelegt und bekanntgegeben werden, damit die Jugendlichen ihren Urlaub entsprechend beantragen können. Die Anmeldungen sind bis zum bestimmten Termin einzureichen und kann dann die Einteilung der Gruppen, nicht unter 10 Teilnehmern (wegen der Fahrpreisermäßigung) aber höchstens bis 15 Teilnehmern, vorgenommen werden.

Einige Zeit vor der Wanderung ist eine Teilkzahlung zu erheben, um die bestimmte Teilnehmerzahl festzustellen. Neben der Quartierfrage wende man sich frühzeitig an die Ortsausschüsse des ADGB, oder an die Kreisvertrauensleute des Landarbeiterverbandes. (Nichtoris nicht vergessen.) Wo das nicht möglich ist, benutze man die Jugendherbergen.

Die Kostenfrage ist besonders für unsere Lehrlinge ein recht wunder Punkt. Aber wenn alle Möglichkeiten der Ersparnis benutzt werden, läßt sich auch diese Frage lösen. Die Fahrpreisermäßigung beträgt 50 Proz. der 3. oder 4. Klasse und bedeutet schon eine große Erleichterung. Als Altersgrenze für Jugendliche gilt das 20. Lebensjahr. Vielerorts gewähren auch die Jugendämter auf Antrag Unterstützungen durch Verleihung von Ausruhmgegenständen, Kartenmaterial, sogar auch Lebensmittel und Geld.

Vor einer solchen Ferienfahrt soll mindestens eine Zusammenkunft der Teilnehmer mit dem Leiter stattfinden, damit sich beide Teile näher kennen lernen und alles Notwendige (Kleidung, Rucksack, Borräte usw.) besprechen können. Der Führer muß über die Bestimmungen der Fahrpreisermäßigung, Unfall- und Haftpflicht unterrichtet sein und auch in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen denken. Auch soll ein guter Führer über die historischen und naturwissenschaftlichen Verhältnisse der zu durchwandernden Gegend unterrichtet sein. Wenn so die Ferienwanderungen gut vorbereitet und auch von unserer Jugend zahlreich benutzt werden, dann können sie außerordentlich befruchtend auf die Festigung und Entwicklung unserer Gewerkschaftsjugend wirken.

Darum rüßt zur Ferienfahrt!

An die Jugendlichen der Jahlsche Berlin.

Am Karfreitag findet eine Spreewanderung von Fangschleuse über Hangelberg statt. Treffpunkt morgens 7 Uhr Schiffsicher Bahnhof, Köpenick, Ecke Maderstraße. Fahrgeid ungefähr 800 Mk.

Die Jugendkommission.

Rundschau.

Wertbeständige Anleihen. Die günstige Aufnahme, die den ersten sogenannten wertbeständigen Anleihen in Deutschland beschieden war, hat die Unternehmungslust auf diesem Gebiet stark angeregt. Fast täglich bringt die Börsen- und Handelspresse Ankündigungen neuer Papiere, Koblens-, Kots- und sonstiger wertbeständiger Anleihen. Diese Emissionen entsprechen zweifellos einem sehr starken Bedürfnis, und zwar sowohl auf Seiten der Ausgeber wie der Zeichner. Industrie, Gemeinden, Landschaften, Länder und Reich konnten auf dem bisherigen Wege der Ausgabe von Markrenten sich schon seit geraumer Zeit keine Gelder mehr beschaffen, da das Publikum im Hinblick auf die Marktentwertung keine Neigung mehr zeigte, seine Mittel in Papiermarkt oder auf solche lautenden Papiere anzulegen. Es bot sich keine Möglichkeit, Gelder so anzulegen, daß sie vor der Marktentwertung gesichert gewesen wären. Hier bieten nun die wertbeständigen Anleihen tatsächlich eine gewisse Möglichkeit zu einer volkswirtschaftlich unschädlichen „Flucht vor der Papiermarkt“. Es fragt sich jedoch, ob die jetzige Hochflut derartiger Emissionen nicht recht bedenkliche Symptome zeigt. Im Verlaufe einiger Wochen sind einige Dutzend derartiger Emissionen erfolgt. Untereinander zeigen diese Anleihen eine bemerkenswerte Einheitlichkeit. Es handelt sich durchaus nicht um einen gleichmäßigen Top. Aus diesem Grunde wird es sehr schwer sein, die Ueberflut über dieses Gebiet des Anleiheemarktes zu behalten. Den Banken, Sparkassen usw., an die sich das Publikum in erster Linie um Auskunft wendet, wird die Orientierung über wertbeständige Anleihen ganz besonders Mühe machen. Es scheint auch, als ob bereits Stellen zur Ausgabe solcher Papiere schreiten, die nicht die unbedingte Sicherheit der späteren Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen bieten.

Die bisherige starke Nachfrage nach wertbeständigen Renten bildet unter gewissen Umständen eine gefährliche Versuchung zu leichtfertiger Ausgabe. Darum verdient das Vorgehen des Deutschen Sparkassen-Verbandes und des Deutschen Zentralgremiums besondere Beachtung, die durch Einrichtung von Goldkonten bei den Sparkassen eine neue Grundlage für den Wiederaufbau des Sparwesens und für die Reorganisation des Kapitalmarktes zu schaffen suchen. Diese Verbände verfügen über den notwendigen sachmännischen Apparat, um die Emissionstätigkeit aufmerksam verfolgen und kontrollieren zu können. Wenn die Gegenwerte für die eingezahlten Spareinlagen von einer Zentrale aus beschafft werden, dann verringert sich für den einzelnen Sparer das Risiko. Hand in Hand mit der Annahme solcher Goldspareinlagen müßte aber die Einrichtung eines Goldgroschenverkehrs gehen. Die Reichsbank wird den veränderten Zeitverhältnissen Rechnung tragen und an der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse mitwirken müssen. Es muß alles aufgegeben werden, um den Spartrieb in weiten Kreisen wieder zu wecken und den Anleihemarkt zu reorganisieren. Besonders die Organisationen und Presse der Arbeiterbevölkerung müssen diesem Gebiet in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit widmen. B. W. B.

Die freie Angestelltenbewegung. In der Angestelltenbewegung nimmt die Erörterung über die vorteilhafteste Organisation für die Angestellten einen breiten Raum ein. Sehr zu ihrem eigenen Schaden sind gerade die Angestellten in viele Verbände zerstückelt, was auf den Umstand zurückzuführen werden kann, daß sich die Angestellten erst spät darüber klar wurden, daß nur der einheitliche Zusammenschluß geeignet ist, ihre Interessen wahrzunehmen. Diejenigen Verbände, die noch kurz vor dem Kriege und während desselben im harmonischen Verhältnis zu den Arbeitgebern standen, haben wohl ihre äußere Form, nicht aber ihre Grundtendenzen geändert. Noch heute wollen diese bürgerlichen Harmonieverbände, wie der DVA, der BVA, der DVA, und andere, eine Interessengemeinschaft zwischen Angestellten und Prinzipalen konstruieren, weshalb sie sich auch nicht scheuen, Arbeitgebermitglieder in ihren Reihen zu dulden.

Im Gegensatz dazu vertritt die freie Angestelltenbewegung, insbesondere der Zentralverband der Angestellten, den Standpunkt, die Angestellten müssen in richtiger Erkenntnis ihrer Lage es ablehnen, gemeinsame Sache mit den Unternehmern zu machen. Nur der ohne irgendwelche Rücksichten für die Interessen der Angestellten geführte Kampf ist geeignet, die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten zu bessern. In dieser Beziehung geht der Zentralverband der Angestellten führend voran. Er hat den weitesten größten Teil der Tarifabschlüsse für die männlichen und weiblichen Angestellten getätigt. Auf sozialpolitischem Gebiete sind alle Verbesserungen, deren sich die Angestelltenklasse erfreut, auf sein Wirken in vorderster Kampflinie zurückzuführen. Er

besitzt aber auch die bestausgebauten Unterstützungs-einrichtungen für seine Mitglieder. Während die Mitglieder der Harmonieverbände erst nach zweijähriger Mitgliedschaft die Unterstützungs-einrichtungen ihrer Verbände in Anspruch nehmen können, steht das den Mitgliedern des ZVA bereits nach einjähriger Mitgliedschaft zu. Ähnliche Statistiken haben einwandsfrei festgestellt, daß in den einzelnen Berichtsperioden der ZVA weit mehr Mitglieder mit einem überwiegenden Betrage unterstützt als alle bürgerlichen Verbände zusammengenommen. Der ZVA hat jetzt für seine Mitglieder auch eine eigene Krankenkasse, die in ihren Leistungen gegen keine andere gleicher Art zurücksteht.

Sehr zur Steigerung seiner Schlagkraft trägt es bei, daß der ZVA mit anderen freigewerkschaftlichen Angestelltenverbänden im Allgemeinen freien Angestelltenbund (FA-Bund) zusammengeschlossen ist, der seinerseits wieder in Kartellverhältnis mit der größten Spitzenorganisation, dem DGB, steht. Im Kampf um den wirtschaftlichen Sozialismus, den durchzuführen sich die freie Gewerkschaftsbewegung zum Ziel gesetzt hat, spielt also auch der ZVA eine wesentliche Rolle. Auch sein besonderes Ziel ist es, die Angestelltenchaft von den Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsform zu befreien.

Die Ueberlegenheit des ZVA gegen die Harmonieverbände ist also augenscheinlich. Die männlichen und weiblichen kaufmännischen und Bureauangestellten haben deshalb alle Ursache, ernsthaft den Gedanken zu erwägen, ob sie nicht gut tun, durch ihren Eintritt in den ZVA, dessen Wirksamkeit zu steigern. Je einheitlicher die Angestellten in der freien Gewerkschaft, dem Zentralverband der Angestellten, zusammengefaßt sind, um so einheitlicher und erfolgreicher können ihre Interessen wahrgenommen werden.

Die Krise. Mit Riesenschritten eilt die deutsche Wirtschaft einer schweren Krise entgegen. Der Eintritt derselben ist gewiß durch die Vorgänge im Westen beschleunigt worden. Sie wäre aber auch ohne den Einmarsch der Franzosen und Belgier über kurz oder lang eingetreten, denn es unterlag keinem Zweifel, daß die bisherige Scheinblüte in dem Augenblicke durch einen scharfen Rückschlag der Konjunktur abgelöst werden würde, wo unserm Export der Vorteil eines sinkenden Marktkurses genommen würde. Seit einigen Wochen hält sich der Dollar, der für uns immer noch das Währungsbarometer darstellt, ziemlich konstant auf einer Höhe von 20 000 bis 22 000 Mk. Zahlreiche Unternehmungen des Warenhandels und der Industrie hatten so bestimmt mit einer weiteren Fortdauer der Marktentwertung gerechnet und dementsprechend disponiert, daß sie jetzt in schwere finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Besonders groß scheinen die Verluste aus feilgekauften Spekulationen am Getreide-, Metall-, Baumwoll- und Wollmarkt zu sein. Aus der Provinz werden Zusammenbrüche von Getreidefirmen gemeldet, bei denen die Verluste bereits in die Milliarden gehen. Derartige Erscheinungen sind schon in der Vorkriegszeit bei rückfälliger Konjunktur vorgekommen, wenngleich die Verluste heute in Papiermarkt wesentlich größer erscheinen. In normalen Zeiten können Wirtschaftskrisen noch verhältnismäßig leicht überwunden werden, gegenwärtig liegt die Sache jedoch wesentlich ungünstiger. Die Veränderungen der Wirtschaftslage vollziehen sich heute viel schneller und lösen viel schärfere Wirkungen am Arbeitsmarkt aus als früher. Man muß deshalb für die nächsten Wochen mit einer weiteren erheblichen Steigerung der Arbeitslosigkeit in Deutschland rechnen. In der zweiten Hälfte des Monats Februar ist die Zahl der Vollerwerbslosen bereits um 15 Proz. gewachsen.

Die Berichte der Landesarbeitsämter melden für die erste Märzhälfte für verschiedene Branchen eine weitere Zunahme der Arbeiterentlassungen, Betriebs-einschränkungen und Betriebsstilllegungen. Besonders ungünstig ist die Lage in allen Zweigen des Textilgewerbes und der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Auch die Metallindustrie, die Herstellung von Baumaterialien, das Papier- und Druckgewerbe und die Waggonfabriken stehen im Zeichen rasch sinkenden Beschäftigungsgrades.

Es erhebt sich da die Frage, welchen Umfang die Arbeitsmarktkrise wohl annehmen wird. Die Aussichten sind leider im gegenwärtigen Moment sehr trübe. Es herrscht allgemein eine Stagnation in der Erstellung neuer Aufträge. Die Lage wird nach und nach auch durch Kohlen- und Roheisenmangel weiter verschärft. Selbst wenn in naher Zukunft die politische Lage im Westen sich zu unseren Günstigen verändern sollte, wird es doch noch geraume Zeit dauern, bis die Industrie wieder größere Aufträge hereinbekommt, da die Inlandspreise in vielen Branchen schon die Weltmarktgrenze erreicht und überschritten haben und die Warenmärkte unserer nächstgelegenen Absatzgebiete stark verstopft sind. Die von Frankreich ausgehende Beunruhigung der Weltpolitik hat in der gesamten

Weltwirtschaft Störungen hervorgerufen, die einer Erholung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen stark hinderlich sind. Viel wird natürlich davon abhängen, ob unsere Wirtschaft wirklich auf längere Zeit mit einer stabileren Währung rechnen und dementsprechend disponieren kann. In dieser Beziehung gehen die Meinungen der führenden Wirtschaftspolitiker weit auseinander. Es erscheint durchaus nicht ausgeschlossen, daß der Dollar, trotz aller Bemühungen der Reichsbank, den Markkurs zu stützen, in dem Moment erneut stark nach oben geht, in dem die deutsche Wirtschaft wieder stärkeren Devisenbedarf zur Eindeckung mit Rohstoffen usw. befundet.

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1922 gingen weiter bis zum 19. März bei der Verbandskasse ein von:

Tilffr	4014,50	Duisburg-Ruhrort	30 175,—
Münster	4421,90	Trier	11 181,60
		Darmstadt	140 000,—
		Gotha	24 490,—
		Halle a. d. S.	201 000,—
		Brandis	32 000,—
		Reichenau	—,—
		Göppingen	46 000,—
		Ursbach	27 000 Mk.

Nach nicht eingegangenen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in Hanau, Kaiserslautern, Mainz, Mannheim-Ludwigshafen, Böhren, Schmalldalen und Weisenfels. Fr. Lender.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

Bell (O.-A. Göppingen). B.: Gottlieb Traub, beim Bömen; K.: H. Trilling, Hauptstr. 74.

Clegny. B.: Paul Wagentrecht, Hagnauer Straße 11a; K.: Paul Fehmel, Franziskanerstr. 7.

Schwerin i. M. B.: Max Darmer, Eisenbahnstraße 10, III; K.: Gust. Budtwin, Wittenburger Straße 97b.

Stettin. B.: P. Hörnig. (Sämtliche Sendungen sind an den Kassierer zu richten.) K.: B. Buraw, Parkstraße 9.

Literarisches.

Im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, sind erschienen:

Mazepa: Der Bolschewismus und die russische Okkupation der Ukraine. Mit einem Vorwort von Paul Kampfmeyer. Grundzahl 1,50 Mk.

Der Jaisismus in Deutschland. Von Paul Kampfmeyer. Grundzahl 0,35 Mk.

Marg-Gedächtnisnummer. Zum 40. Todestag von Karl Marx. Illustrierte Marg-Nummer.

Durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind zu beziehen:

Der Politische Almanach für das Jahr 1923. Grundpreis 4,50 Mk. Schlüsselzahl zurzeit 2000. Das Buch wird durch den genannten Verlag an Gewerkschafter mit 25 Proz. Rabatt, bei Abnahme von zehn Exemplaren an mit 33 1/2 Proz. Rabatt abgegeben.

Dr. J. Sthler, Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Nach den Verhandlungen vom 23. Dezember 1918 und vom 12. Februar 1920 bearbeitet. 2. Auflage. Grundpreis 1,10 Mk. Schlüsselzahl zurzeit 2000. Das Buch wird durch den genannten Verlag an Gewerkschafter mit 25 Proz. Rabatt, bei Abnahme von zehn Exemplaren an mit 33 1/2 Proz. Rabatt abgegeben.

Die neue Auflage zeigt die Entwicklung unseres Arbeitsrechts besonders deutlich. Die schnell aufeinander folgenden Gesetzesänderungen, die zunehmende praktische Ausgestaltung des Schlichtungswesens und die beginnende Klärung der grundsätzlichen Rechtsfragen haben zu einer völligen Umgestaltung der Bearbeitung genötigt. Die Erläuterung beschränkt sich nicht auf die Verordnung vom 23. Dezember 1918, sondern erstreckt sich auch auf die einschlägigen Bestimmungen der Verordnung vom 12. Februar 1920. Dabei ist die außerordentlich reichhaltige Rechtsliteratur in weit stärkerem Maße herangezogen als in den früheren Auflagen, und zwar, was die Praxis besonders angenehm empfinden werden, unter Angabe der abweichenden Ansichten. Der Anhang enthält neben den Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums alle für die Schlichtung von Gewerkschaftsstreitigkeiten wichtigen Ausführungsbestimmungen und ein zuverlässiges Verzeichnis der Schlichtungsausschüsse und Demobilmachungsbehörden.

Wie plötzlich doch bedeckt mit Eis
So Strauch als Bäume steht!
Auf lestem Grün das erste Weiß,
Wie traurig ist's zu sehn!

Was bangst du, Herz? Sei stolz und lühn
Und den!, wenn Flocken wehn!
Auf lestem Weiß das erste Grün,
Wie lieblich wird das sehn!